

Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Lehwald, Sybille

Research Report

Entwicklung der Einkommensungleichheit: Daten, Fakten und Wahrnehmungen

Provided in Cooperation with:

Foundation for Family Businesses / Stiftung Familienunternehmen

Suggested Citation: Felbermayr, Gabriel; Battisti, Michele; Lehwald, Sybille (2016) : Entwicklung der Einkommensungleichheit: Daten, Fakten und Wahrnehmungen, ISBN 978-3-942467-40-7, Stiftung Familienunternehmen, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250044>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Entwicklung der Einkommensungleichheit

Daten, Fakten und Wahrnehmungen



IMPRESSUM

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 02
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
E-Mail: info@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

Bearbeitet von:

ifo Institut

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
Poschingerstraße 5
81679 München
Tel.: +49 (0) 89 / 92 24-0
www.ifo.de

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
Michele Battisti, Ph.D.
Sybille Lehwald

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	III
DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DER STUDIE	V
1. EINLEITUNG	1
2. UNGLEICHHEIT: WAHRNEHMUNG UND WIRKLICHKEIT	3
3. BRUTTOLOHNUNGLEICHHEIT: ANZEICHEN FÜR EINE TRENDUMKEHR?	7
3.1. Reale Brutto Lohnungleichheit unter den Beschäftigten: Stagnation seit 2005.....	7
3.2. Ungleichheit der Bruttoarbeitsentlohnung in der erwerbsfähigen Bevölkerung: deutlicher Rückgang seit 2005	12
3.3. Kein Boom bei der Teilzeitarbeit seit 2005.....	17
3.4. Sozial erwünschte Trends erhöhen die Ungleichheit unter den Beschäftigten	21
4. BRUTTO- VERSUS NETTOEINKOMMENSUNGLEICHHEIT	27
4.1. Die Versicherungsfunktion von Haushalten wird schwächer.....	27
4.2. Der Einfluss von Steuern und Finanztransfers: deutliche Reduktion der Einkommensungleichheit.....	30
4.3. Die Rolle öffentlicher Güter: weitere Reduktion der Ungleichheit	32
5. DEUTSCHLAND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH	35
5.1. Deutschland liegt sowohl bei der Nettoeinkommensungleichheit als auch bei den Trends im Mittelfeld	35
5.2. Deutschland hat ein sehr effizientes System staatlicher Umverteilung	38
6. FAZIT	42
DATENBESCHREIBUNG	43
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	44
REFERENZEN	45

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DER STUDIE

- 1) In Deutschland – wie auch in vielen anderen EU Staaten – wird das Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit in Umfragen deutlich überschätzt. Diese Divergenz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit ist für den politökonomischen Prozess von großer Bedeutung.
- 2) Die Ungleichheit der Bruttoreallöhne unter den Beschäftigten ist in Deutschland seit 2005 leicht gefallen. Der durch den Gini-Koeffizienten gemessene Wert liegt im Jahr 2013 etwas unter dem Niveau von 2004. Blickt man nur auf die sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten, so sinkt die (reale) Bruttolohnungleichheit erst seit dem Jahr 2011.
- 3) Blickt man nicht nur auf die Beschäftigten, sondern bezieht Personen ohne (offizielle) Arbeit in die Betrachtung ein, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Ungleichheit der Bruttoreallöhne seit dem Jahr 2005. Die Hartz-Reformen haben seit 2005 zu einem Beschäftigungszuwachs von mehr als 10 Prozent geführt, was für 4 Millionen Personen das Arbeitseinkommen von Null auf einen positiven Wert angehoben hat. Wird dieser Beschäftigungseffekt berücksichtigt, ist die Ungleichheit der Bruttoreallöhne seit 2005 stark zurückgegangen.
- 4) Der Aufbau der Beschäftigung seit 2005 ist zum größten Teil auf mehr Vollzeitstellen zurückzuführen.
- 5) Seit 1997 ist die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen um fast 7 Prozentpunkte gestiegen. Die Lohnungleichheit unter Frauen ist aufgrund anders verlaufender Erwerbsbiographien noch immer höher als jene unter Männern. Daher verstärkt die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen die Lohnungleichheit. Der Anteil der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, ist von 23 Prozent auf 34 Prozent gestiegen. Weil die Ungleichheit unter älteren Arbeitnehmern höher ist als unter jüngeren, erhöht auch dieser Trend die Lohnverteilung. Und auch der Anstieg des Anteils hochausgebildeter Arbeitnehmer hat denselben Effekt. Ohne diese begrüßenswerten Trends wäre die Lohnungleichheit schon früher zurückgegangen.
- 6) Seit 2005 ist auch die Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen auf Haushaltsebene zurückgegangen. Allerdings ist der Rückgang weniger stark als jener auf Ebene einzelner Individuen. Das hat damit zu tun, dass die Versicherungsfunktion der Haushalte durch eine deutliche Schrumpfung ihrer Größe schwächer wurde. Außerdem erhöht die sogenannte Bedarfsgewichtung die gemessene Ungleichheit, auch wenn Personen es aus freien Stücken vorziehen, in Single-Haushalten zu leben.
- 7) Bei der Betrachtung der Nettoeinkommensungleichheit ist es notwendig, neben Arbeitseinkommen auch andere Einkommensarten zu berücksichtigen. Zudem ist es sinnvoll bei der Betrachtung von der individuellen Ebene auf die Haushaltsebene zu wechseln, da dies auch die Bezugsgröße zur Besteuerung ist. Es zeigt sich, dass die reale Nettoeinkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten auf Haushaltsebene durch die Progressivität des Steuer- und Transfer-

systems um etwa 35 Prozent unter dem Niveau der realen Bruttoeinkommensungleichheit auf Haushaltsebene liegt. Die Nettoeinkommensungleichheit auf Haushaltsebene hat sich seit 2005 kaum verändert.

- 8) Die staatliche Umverteilung läuft nicht nur über Steuern und Finanztransfers, sondern auch über die kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter. Allein durch die Berücksichtigung von Bildungs- und Gesundheitsausgaben sinkt die reale Nettoungleichheit auf Haushaltsebene um circa 11 Prozent, Tendenz steigend.
- 9) Die Bruttolohnungleichheit in Deutschland erscheint im internationalen Vergleich hoch. Wie auch in Schweden oder Dänemark ist dies deshalb so, weil der Staat stark umverteilt und damit auch die Verteilung der Markteinkommen beeinflusst. Entscheidend ist jedoch die Ungleichheit der realen Nettoeinkommen auf Haushaltsebene. Dort nimmt Deutschland unter 20 OECD-Staaten Platz 7 ein. Damit gehört Deutschland zu den Staaten, die ein besonders geringes Maß an Ungleichheit aufweisen.
- 10) Im Vergleich zu anderen Ländern zeichnet sich das System staatlicher Umverteilung in Deutschland durch hohe Effizienz aus. Mit einer mittleren Staatsquote gelingt es, das Maß der Ungleichheit bei Nettoeinkommen im Vergleich zum Bruttoeinkommen stark zu reduzieren.

Fazit: Unsere Analyse zeigt, dass aus den vorliegenden Einkommensdaten keineswegs der Schluss gezogen werden kann, Deutschland würde immer ungleicher werden. Für die letzten Jahre lässt sich eine gegenteilige Entwicklung belegen. Ebenfalls stimmt nicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich durch hohe Ungleichheit auffällt. Dies ist bei den Nettoeinkommen nicht der Fall.

1. EINLEITUNG

Die ökonomische Ungleichheit in Deutschland sei auf einem hohen Niveau, und sie steige ständig weiter – das scheint der Tenor der Debatte zu diesem Thema in der Öffentlichkeit zu sein. In den letzten Monaten haben sich viele Autoren zu diesem Thema zu Wort gemeldet, zuletzt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Marcel Fratzscher mit seinem Buch *„Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird“*.¹

In dieser Studie untersuchen wir die Struktur und Dynamik der Einkommensungleichheit in Deutschland. Wir finden keine Hinweise, dass die Einkommensverteilung in den Jahren seit den Hartz-Reformen ungleicher geworden ist. Im Gegenteil, wir finden fundierte Hinweise auf eine Trendwende.

Wir widmen uns einem – vielleicht dem wichtigsten – Aspekt der Ungleichheitsdebatte: der Verteilung der Einkommen. Das hat einen guten Grund: Einkommen, hier vor allem Arbeitseinkommen, sind eindeutig definiert und gut statistisch erfasst. Und die Einkommensverteilung kann durch Steuern und Transfers politisch viel schneller beeinflusst werden als die Verteilung von Vermögen oder Chancen.

Im Gegensatz zu den Einkommen haben wir in Deutschland zu den Vermögen keine guten und weithin anerkannten Daten. Die Unsicherheiten beginnen mit der Frage, was denn nun als Vermögen zählt – wie sollen selbstgenutzte Immobilien oder auch Rentenansprüche an private Versicherer und an den Staat eingestuft und quantifiziert werden? Wie gehen wir um mit dem Faktum, dass die wichtigste Informationsquelle zur sozio-ökonomischen Situation der Bundesbürger (das SOEP²) einen hohen Anteil an Haushalten enthält, die angeben, kein Vermögen zu haben, aber dennoch positive Kapitaleinkünfte erzielen? Wie behandelt man das zyklische Auf und Ab von Vermögenspreisen, seien es nun Aktien, Anleihen oder Immobilien, vor allem dann, wenn die Eigentümer die Gewinne oder Verluste gar nicht realisieren? Noch viel schwieriger ist es, sich auf ein Konzept der Chancengleichheit zu einigen und diese zu messen.

Wir wollen uns in dieser Studie mit den Fakten auseinandersetzen und Spekulationen über wichtige, aber schwer zu messende Aspekte vermeiden. Daher konzentrieren wir uns auf die Einkommensverteilung, die zumindest besser messbar ist.³ Es stellt sich aber heraus, dass auch die Diskussion zur Einkommensver-

1 Marcel Fratzscher, *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*, Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG (14. März 2016).

2 SOEP steht für Sozio-oekonomisches Panel und umfasst einen ausführlichen Datensatz, der auf wiederholten Befragungen einzelner Haushalte in Deutschland basiert. Eine ausführliche Beschreibung dieser Daten findet sich am Ende dieser Studie.

3 Das bedeutet auch, dass wir in weiten Teilen der Studie Einkommen aus Kapital aufgrund der genannten Schwierigkeiten nicht berücksichtigen. An den Stellen, an denen es in unserer Analyse Berücksichtigung findet, weisen wir explizit darauf hin.

teilung nicht immer auf allgemein anerkannten Fakten beruht. Dazu kommen auch hier konzeptionelle Unklarheiten und offene Fragen, wie man mit den verfügbaren Daten umgehen muss. So wird oft auf die Bruttolohnungleichheit geschaut, obwohl die Nettoeinkommensungleichheit für die Lebensqualität der Menschen entscheidend ist. Oder es wird auf die Rolle von Steuern und Finanztransfers abgestellt, aber die Rolle öffentlich bereitgestellter Güter, wie zum Beispiel Schulbildung oder Gesundheitsleistungen, wird vernachlässigt.

Wie auch immer man politisch über steuerliche Umverteilung oder die Bereitstellung öffentlicher Güter denken mag – objektive Fakten und Klarheit über die Wirkungszusammenhänge sind für wirtschafts-politische Entscheidungen von großer Bedeutung. In dieser Studie wollen wir einen Beitrag zu einer informierten Debatte jenseits ideologischer Vorurteile leisten.

2. UNGLEICHHEIT: WAHRNEHMUNG UND WIRKLICHKEIT

Es gibt zunehmend Belege dafür, dass ein großer Anteil der deutschen Bevölkerung Ungleichheit als Problem wahrnimmt und die derzeitige Ungleichheit in Deutschland als übermäßig betrachtet. Daten des Eurobarometers von 2009 zufolge stimmen über 60 Prozent der Befragten vollkommen mit der Aussage überein, dass heutzutage Einkommensdifferenzen zwischen Menschen viel zu groß seien. Darüber hinaus zeigen Daten des European Social Survey von 2014, dass etwa 70 Prozent der Befragten in Deutschland entweder damit übereinstimmen oder nachdrücklich übereinstimmen, dass Regierungen Unterschiede in Einkommensniveaus reduzieren sollten. Eine Umfrage des Allensbach-Instituts aus dem Jahr 2013 kommt zu dem Schluss,⁴ dass fast zwei Drittel der Befragten in Deutschland glauben, die Ungleichheit habe zugenommen, obwohl dies zumindest in den Jahren seit 2005 im Hinblick auf die Einkommensungleichheit nicht der Fall war.⁵ Dies ist aber nicht der einzige Hinweis darauf, dass Individuen dazu tendieren, das Ausmaß an Ungleichheit in der Gesellschaft zu überschätzen.

Niehues (2014) nutzt Daten des International Social Survey Programme (ISSP), um die Wahrnehmung von Ungleichheit und die Präferenzen für Umverteilung in verschiedenen Ländern zu untersuchen. Für Deutschland zeigt sie, dass die meisten Menschen den Anteil der Bevölkerung am unteren Ende der Einkommensverteilung überschätzen, die Ungleichheit also für größer halten, als sie tatsächlich ist. Kuhn (2013) stellt fest, dass diese Tendenz in Ostdeutschland noch ausgeprägter ist. Andere Länder zeigen weniger ausgeprägte Tendenzen. In der Schweiz und Skandinavien beispielsweise glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, dass der Großteil der Gesellschaft in der Mitte der Einkommensverteilung lebe, was auch der Realität entspricht.

Abbildung 1 belegt, dass in Deutschland die Wahrnehmung der Einkommensverteilung von den tatsächlichen Daten abweicht.⁶ Wir verwenden dazu die Daten der ISSP und vergleichen diese mit tatsächlichen Einkommensinformationen aus der EU-SILC Datenbank.⁷

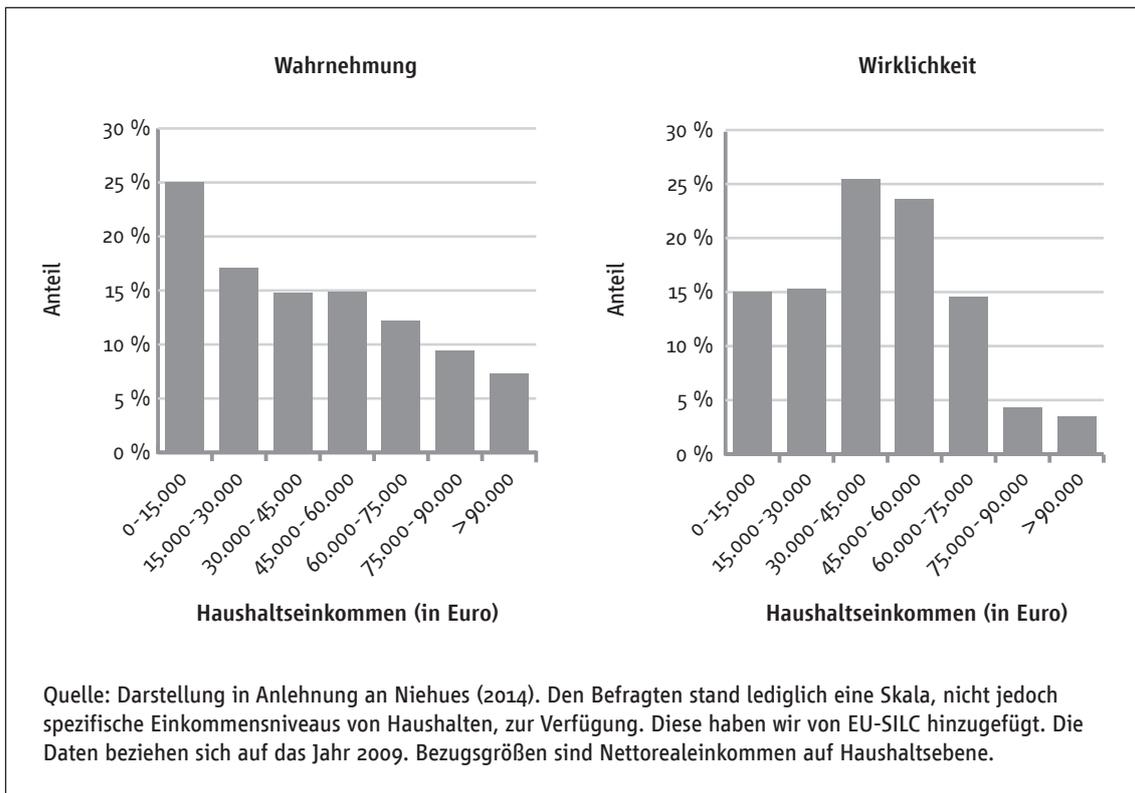
4 „Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und –wahrnehmung der Bürger“, Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) 2013, <http://www.insm.de/insm/kampagne/gerechtigkeit/was-denkt-deutschland-ueber-gerechtigkeit.html>.

5 Wie wir im Folgenden ausführlich erläutern, hat der Gini-Koeffizient der Einkommen, als Maß zur Messung von Ungleichheit, nicht zugenommen. Da sich die Individuen auf verschiedene Heuristiken und Maße beziehen können, sind Vergleiche von Wahrnehmung und Realität bezüglich Ungleichheit nicht einfach.

6 Wir haben der Grafik tatsächliche Einkommensniveaus hinzugefügt. Diese Informationen standen den Befragten nicht zur Verfügung. Die Befragten gaben ihre Einschätzungen auf Basis qualitativer Bezeichnungen („niedriges“, „mittleres“, „hohes“ Einkommensniveau).

7 Die EU-SILC Daten beschreiben verschiedene Aspekte der Lebensbedingungen in der EU. Sie werden vom statistischen Bundesamt auf der Seite https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/Methoden/EU_Silc.html erklärt.

Abbildung 1: Ungleichheit in Deutschland: Wahrnehmung und Wirklichkeit



Im Durchschnitt über alle Antworten⁸ weicht die wahrgenommene Einkommensverteilung sehr stark von der tatsächlichen Einkommensverteilung in Deutschland ab. Sowohl der Anteil an armen als auch der Anteil an reichen Menschen in der Bevölkerung wird als größer wahrgenommen, als er eigentlich ist. Die Befragten unterschätzen darüber hinaus deutlich den Anteil der Mittelschicht. So wird geschätzt, dass circa ein Viertel der Deutschen ein Einkommen von weniger als 15.000 Euro zur Verfügung steht; in den Daten ist dies nur für etwa 15 Prozent der Fall. Gleichzeitig wird vermutet, dass etwa 15 Prozent der deutschen Haushalte ein Einkommen von 45.000 bis 60.000 Euro haben; in den Daten ist dies für ungefähr 23 Prozent der Fall.

Berechnet man den Gini-Koeffizient⁹ für beide Verteilungen, so stellt man fest, dass jener für das wahrgenommene Einkommen etwa 0,36 beträgt, während der des tatsächlichen Einkommens bei etwa 0,29 liegt. Der Unterschied zwischen den beiden ist groß, er entspricht in etwa der Differenz zwischen dem Gini-Koeffizient der Nettohaushaltseinkommen Deutschlands und jenem der Vereinigten Staaten (siehe Kapitel 9).

⁸ Die Antworten beziehen sich auf das Jahr 2009, welches das letzte Jahr ist, für das der ISSP Datensatz Informationen bezüglich der individuell wahrgenommenen Ungleichheit enthält.

⁹ Der Gini-Koeffizient ist ein gängiges Maß zur Berechnung von Ungleichheit. Er kann Werte zwischen Null und Eins annehmen, wobei ein Wert von Null maximale Gleichheit und ein Wert von Eins maximale Ungleichheit bedeutet.

Es steht zu vermuten, dass der Abstand zwischen Wahrnehmung und Realität insofern von Bedeutung ist, als dass man erwarten könnte, dass die wahrgenommene Ungleichheit Politikpräferenzen beeinflusst. Niehues (2014) zeigt mit Hilfe einer Regressionsanalyse, die sich länderspezifischer Daten bedient, dass die Umverteilungspräferenzen in der Bevölkerung mit der wahrgenommenen Ungleichheit sehr viel stärker korrelieren als mit der tatsächlich gemessenen.¹⁰

Offensichtlich ist es bisher nicht gelungen, der Öffentlichkeit grundlegende Fakten zur Einkommensungleichheit zugänglich zu machen, obwohl eine große gesellschaftliche Debatte bezüglich des Themas im Gange ist. Die Gefahr, dass der politische Prozess zu fehlgeleiteten Entscheidungen führen könnte, ist daher nicht von der Hand zu weisen.

Zwischenfazit: In Deutschland – wie auch in vielen anderen EU Staaten – wird das Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit in Umfragen deutlich überschätzt. Diese Divergenz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit ist für den politökonomischen Prozess von großer Bedeutung.

10 Für diesen Zweck verwendet sie Informationen wie jene, die in Abbildung 1 dargestellt sind, für 24 EU Länder. Die Umverteilungspräferenzen werden durch den Anteil der Bevölkerung gemessen, die angibt, die ökonomische Ungleichheit sei zu groß. Diese Information stammt aus dem ISSP.

3. BRUTTOLOHNUNGLEICHHEIT: ANZEICHEN FÜR EINE TRENDUMKEHR?

3.1. Reale Bruttolohnungleichheit unter den Beschäftigten: Stagnation seit 2005

Die wissenschaftliche Debatte in Deutschland konzentriert sich häufig auf die *Bruttolohnungleichheit unter den sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Individuen* (siehe z.B. Dustmann et al. (2009), Card et al. (2013) und Dustmann et al. (2014) für wissenschaftliche Abhandlungen, und Möller (2016) für aktuelle Zahlen). Damit wird auf einen (relevanten) Teil der Erwerbsbevölkerung abgestellt – nämlich auf Personen, die unselbstständig beschäftigt und somit in der Sozialversicherungsstatistik erfasst sind. Beamte und Selbständige sind allerdings nicht erfasst. Ebenso werden Arbeitssuchende in diesen Analysen vernachlässigt. Außerdem wird auf einzelne Arbeitnehmer abgestellt, nicht etwa auf Haushalte (wie in Abbildung 1). Betrachtet werden außerdem die Bruttoreallöhne, d.h., Steuern und Transfers aller Art bleiben unberücksichtigt. Die zitierten Untersuchungen zeigen, dass die gemessene Ungleichheit über weite Perioden der jüngeren Vergangenheit stark angestiegen ist; Möller berichtet allerdings über eine Wende seit dem Jahr 2011.

Die zitierten Arbeiten verwenden sehr gute Daten aus der Sozialversicherungsstatistik, die vom Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg in verschiedenen Datensätzen und in vorbildlicher Weise für die Forschung verfügbar gemacht werden. Das Problem ist hier allerdings, dass nur ein Teil des Arbeitsmarktes betrachtet wird. Für eine politische Entscheidungsgrundlage halten wir diese Einschränkung für problematisch, weil sie zu falschen Einschätzungen führen kann.

Um dies zu verdeutlichen, verwenden wir Daten des sozio-oekonomischen Panels (SOEP) – einer großen Erhebung, die das DIW in Berlin jährlich durchführt. Diese Daten werden vom DIW selbst und in einer reichen empirischen Literatur untersucht (siehe, z.B., Corneo, 2015 für eine exzellente Diskussion der Evidenz). Der Vorteil der SOEP-Daten liegt darin, dass die Stichprobe die Arbeitslosen oder die selbständig Beschäftigten nicht ausschließt. Außerdem sind Informationen über andere Einkommensarten (Kapitaleinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, ...) sowie zu Steuern und Transfers vorhanden.¹¹

Um den Anschluss zur wissenschaftlichen Literatur, die häufig die realen Bruttolohndaten des IAB nutzt, zu finden, beginnen wir unsere empirische Untersuchung mit Daten des SOEP zur realen Bruttolohnungleichheit. Wir konzentrieren uns also auf jene Ungleichheit, wie sie vom Marktmechanismus über die Erwerbseinkommen generiert wird, bevor der umverteilende Sozialstaat mit Steuern und Transfers

11 Eine ausführliche Beschreibung der diskutierten Daten des IAB und des SOEP liefern wir am Ende der Studie.

eingreift.¹² Wir werden in späteren Kapiteln auf Nettoeinkommen eingehen. In allen Fällen betrachten wir reale, d.h. inflationsbereinigte Größen.

Abbildung 2 zeigt den Gini-Koeffizienten im Zeitverlauf seit 1997. Diese messen das Ausmaß der Bruttolohnungleichheit unter den Erwerbstätigen – Arbeitslose, ob auf Arbeitssuche oder nicht – sind in der Statistik nicht enthalten. Der Gini-Koeffizient ist ein sehr häufig verwendetes Maß der Ungleichheit: ein Wert von Null bedeutet, dass die Einkommen gleichmäßig über die Stichprobe verteilt sind; ein Wert von Eins bedeutet, dass das gesamte Einkommen auf eine einzige Person konzentriert ist und somit die Ungleichheit maximal ist.¹³

Abbildung 2: Lohnungleichheit unter den Erwerbstätigen

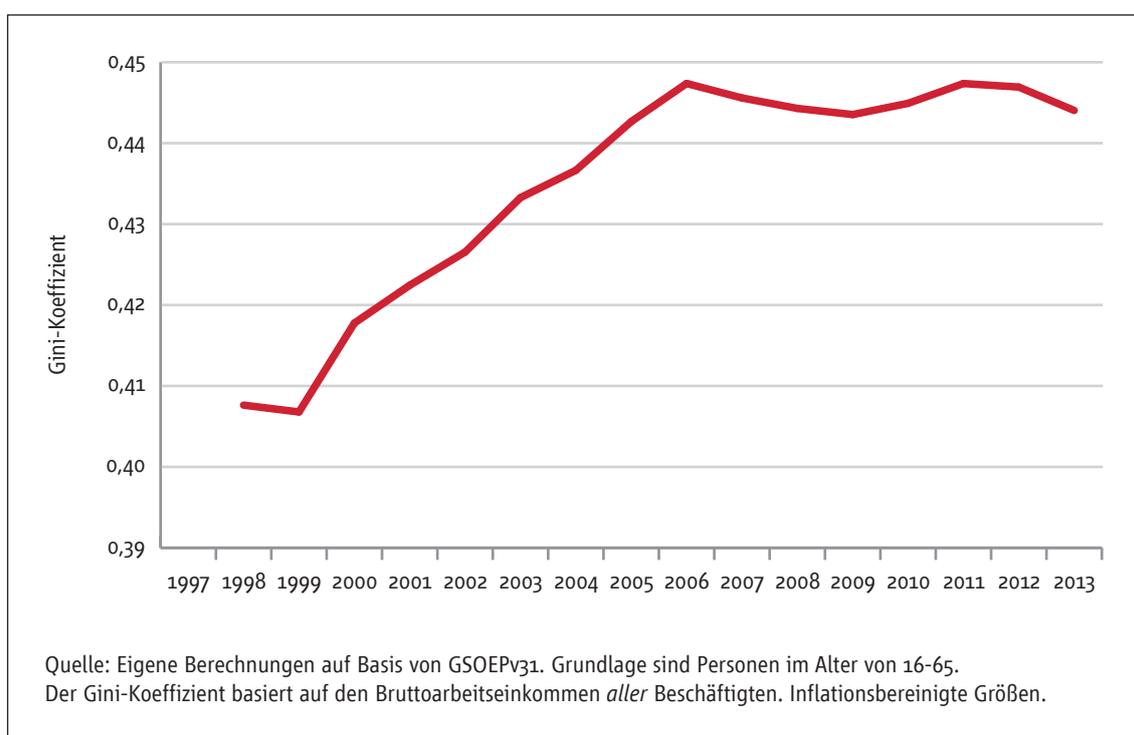


Abbildung 2 macht klar, dass der Gini-Koeffizient von 1997 bis 2005 deutlich angestiegen ist. Seit 2005 weist er ein relativ konstantes Niveau auf.

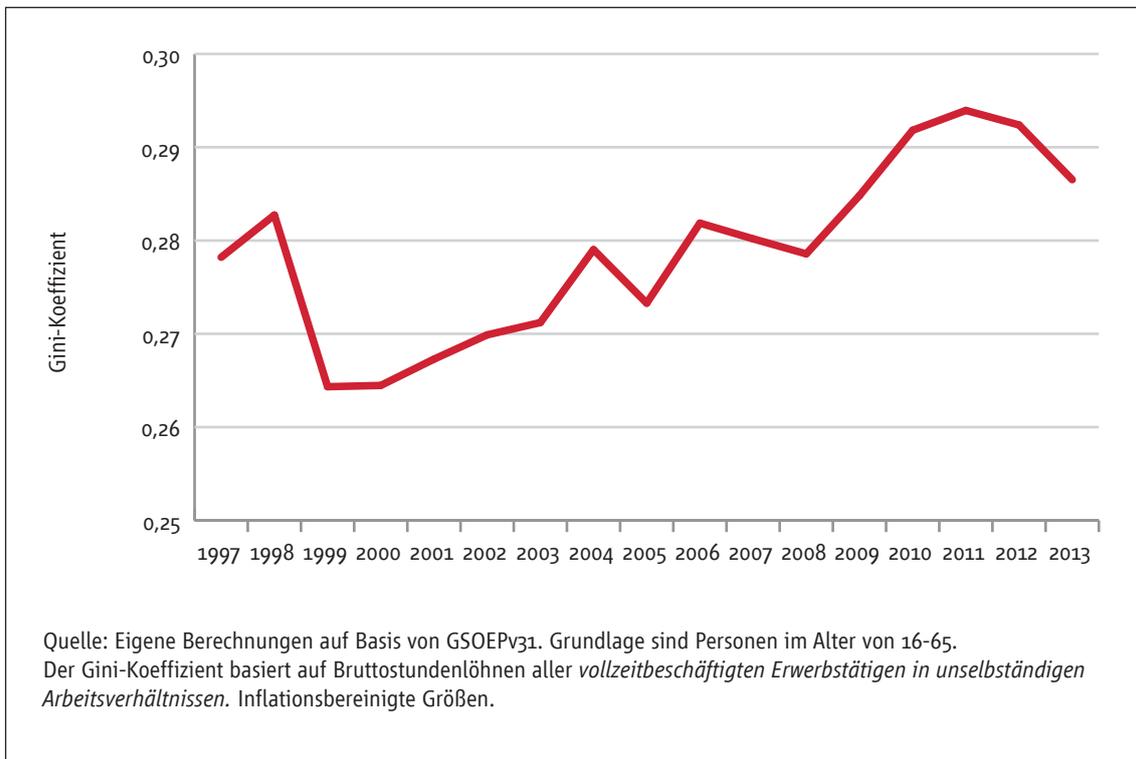
12 Natürlich ist die Bruttolohnungleichheit nicht unabhängig von Steuern und Transfers, weil diese das Marktgeschehen beeinflussen.

13 Der Gini-Koeffizient ist eine praktische Kennzahl, weil er die gesamte Verteilung der Einkommen in einer einzigen Ziffer zusammenfasst. Er wird jedoch kritisiert, weil er nicht enthüllt, inwieweit eine etwaige Zunahme der Ungleichheit durch steigende Einkommen der Reichen oder fallende Einkommen der Armen verursacht wird. Andere Kennzahlen, wie der Theil-Index oder der Atkinson-Index haben ebenfalls Probleme. Daher wird gerne auf Vergleiche zwischen Einkommensperzentilen abgestellt (z.B. das Einkommen der 20% Reichsten im Vergleich zum Einkommen der 20% Ärmsten). Die Auswahl der Perzentile unterliegt allerdings einer gewissen Beliebigkeit.

Die Darstellung suggeriert, dass sich Mitte der 2000er Jahre offenbar die Dynamik der Bruttolohnungleichheit in Deutschland verändert hat; der langjährige Anstieg ist zu einem Ende gekommen. Es ist bemerkenswert, dass zum Zeitpunkt der Trendwende die Hartz-Gesetze in Kraft traten. Darauf gehen wir im Laufe der Ausführungen nochmals ein.

Da die SOEP-Daten auf Umfragen basieren, ist nicht vollkommen auszuschließen, dass die in Abbildung 2 verwendeten Daten Ungenauigkeiten bzw. Messfehler aufweisen. Die schon erwähnten Daten des IAB haben diesen Makel nicht – sie gelten als sehr genau, da sie auf amtlichen Erhebungen basieren. Der Nachteil ist allerdings, wie oben erläutert, dass gewisse Beschäftigtengruppen ausgeschlossen sind. Um zu verstehen, ob der Trendbruch in Abbildung 2 ein statistisches Artefakt der verwendeten Daten ist, versuchen wir, die Stichprobe so einzugrenzen, dass sie der Abgrenzung entspricht, die üblicherweise bei den Arbeiten auf Grundlage der IAB Daten verwendet wird. Wir beschränken unser Sample daher auf sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer. Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für diese angepasste Stichprobe. Es wird deutlich, dass für diesen Teil der Erwerbsbevölkerung auch in den SOEP-Daten die Bruttolohnungleichheit über das Jahr 2005 hinaus zugenommen hat. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit Untersuchungen auf Basis der IAB Daten wie bspw. von Felbermayr et al. (2014). Diese Evidenz stimmt uns zuversichtlich, dass der Befund in Abbildung 2 nicht auf Datenungenauigkeiten zurückzuführen ist, sondern tatsächliche Entwicklungen widerspiegelt. Für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte finden wir einen Anstieg der Bruttolohnungleichheit auch über das Jahr 2005 hinaus. Betrachten wir allerdings alle Erwerbspersonen, so zeigt sich eine Zunahme der realen Bruttolohnungleichheit nur bis zum Jahr 2005.

Abbildung 3: Lohnungleichheit unter den vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen in unselbständigen Arbeitsverhältnissen



Der Unterschied zwischen Abbildung 2 und Abbildung 3 ist also darauf zurückzuführen, dass der durchschnittliche Lohnabstand zwischen der Gruppe der sozialversicherten und der nicht sozialversicherten Beschäftigten zurückgegangen ist, und/oder, dass die Ungleichheit in der Gruppe der nicht sozialversicherten Beschäftigten gefallen ist. Wer diese Entwicklungen aus der Betrachtung ausschließt, erhält ein eingeschränktes Bild von der Wirklichkeit der Entwicklung der Bruttoarbeitseinkommen in Deutschland.

Schließlich stellen wir diesen Befund der Entwicklung auf Grundlage der aktuellsten Daten des IAB gegenüber. Wir verwenden dazu die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiographien (SIAB), die ganz aktuell bis zum Jahr 2014 vorliegt.¹⁴ Da die Bruttolohninformationen im SIAB allerdings in Höhe der Beitragsbemessungsgrenze zensiert sind, ist es nicht ratsam, den Gini-Koeffizienten als Ungleichmaß heranzuziehen. Ähnlich wie Möller (2016) betrachten wir daher ein Ungleichheitsmaß, das robust gegen diese Zensur ist, da es die 15 Prozent der höchsten Einkommen nicht berücksichtigt.¹⁵ Abbildung 4 zeigt das alternative Ungleichheitsmaß über den Zeitraum von 1997 bis 2014. Veranschaulicht wird das Verhältnis der Einkommen des 85. Perzentils relativ zu jenen des 15. Perzentils. Mit anderen Worten, wir vergleichen das Einkommen jener Person, die sich dadurch auszeichnet, dass 85 Prozent

14 Die neueste Version dieses Datensatzes wurde uns erst vor ein paar Tagen zur Verfügung gestellt. Für Details siehe die Erklärung am Ende der Studie.

15 Studien wie bspw. Card (2013) zeigen, dass jährlich um die 10 % der Lohninformationen zensiert sind.

der Personen weniger als sie verdienen, mit einer anderen Person, die sich dadurch auszeichnet, dass 15 Prozent der Personen weniger verdienen. Auch auf Grundlage dieser Auswertung zeigt sich: Die Bruttolohnungleichheit unter den sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten ist seit 2007 relativ stabil und sinkt ab dem Jahr 2010 sogar. Schließlich untersuchen wir die Entwicklung der einzelnen Lohnperzentile über die Zeit separat und erhalten dadurch Aufschluss darüber, in welchem Teil der Lohnverteilung die stärksten Entwicklungen stattgefunden haben und auf welchen Bereich der Rückgang der Ungleichheit ab 2010 zurückzuführen ist. Abbildung 5 zeigt die Löhne des 15-, 50-, und 85-Prozent Perzentils. Deutlich wird, dass bis zum Jahr 2010 die realen Bruttolöhne am 15-Prozent Perzentil sinken. In den Jahren von 2010 bis 2014 steigen die Löhne der untersten 15 Prozent allerdings deutlich an und treiben somit den Gesamttrückgang der realen Bruttolohnungleichheit, den wir in Abbildung 4 zuvor beschrieben haben. Zwar gab es im Jahr 2011 eine Änderung in der Erfassung von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in den SIAB Daten, der zu erkennende Trend dürfte dadurch allerdings nicht beeinflusst sein. Vielmehr wird der Anstieg der niedrigen Löhne unter anderem die positiven Lohnabschlüsse der Gewerkschaften in den letzten Jahren widerspiegeln.

Abbildung 4: Entwicklung der Lohnungleichheit (Perzentilverhältnis 85/15), SIAB

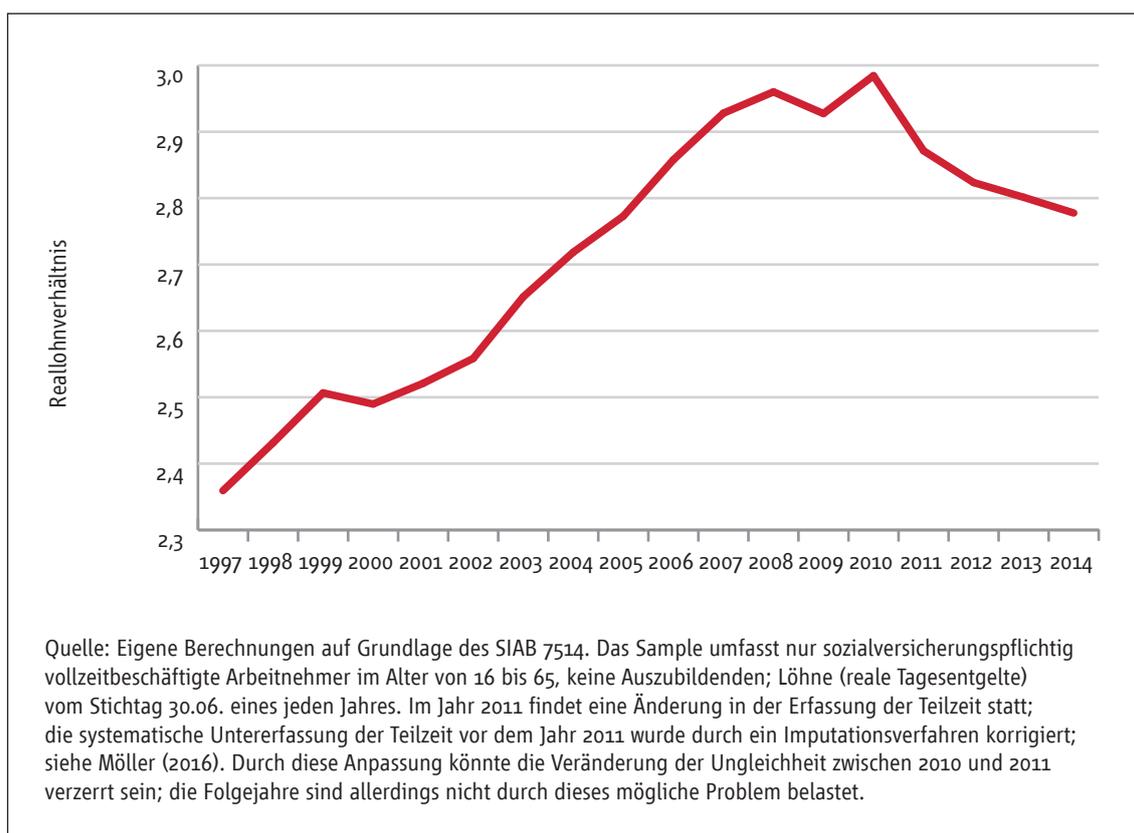
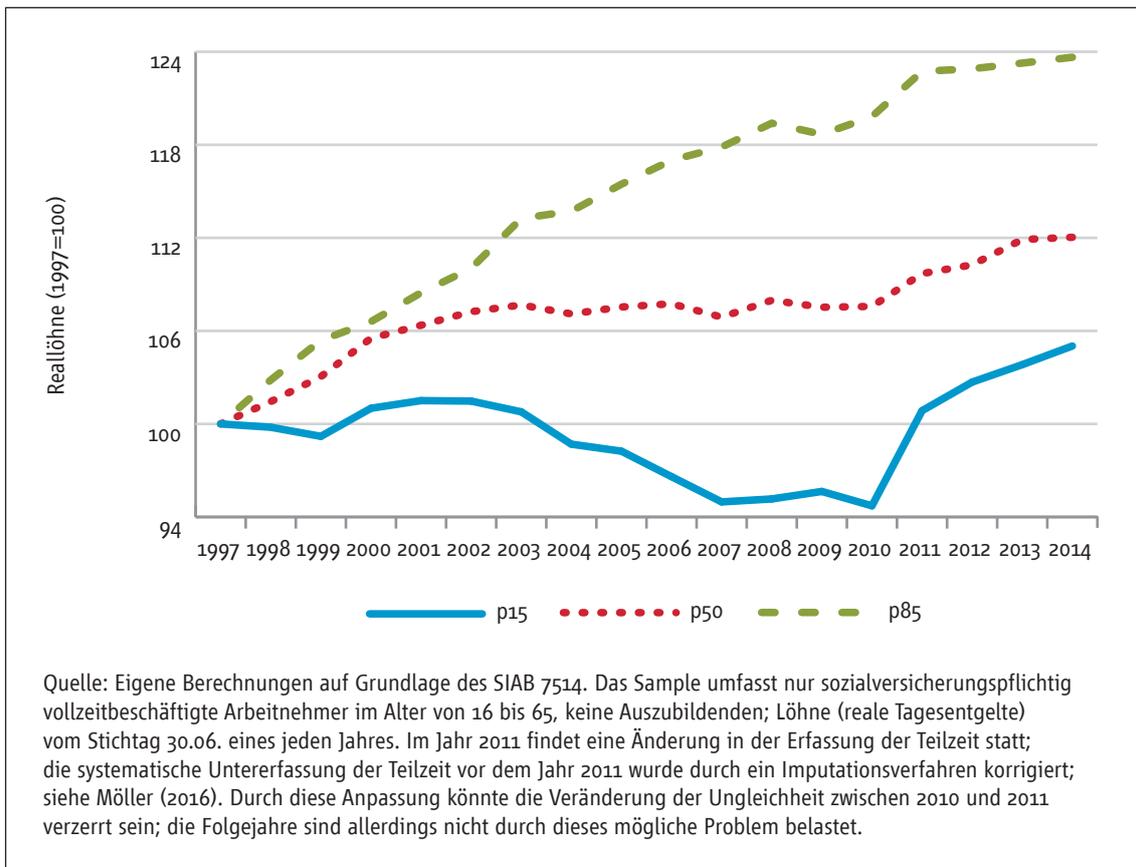


Abbildung 5: Lohn Perzentile



Zwischenfazit: Die Ungleichheit der Bruttoreallöhne unter den Beschäftigten ist in Deutschland seit 2005 leicht gefallen. Der durch den Gini-Koeffizienten gemessene Wert liegt im Jahr 2013 etwas unter dem Niveau von 2004. Blickt man nur auf die sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten, so sinkt die Bruttolohnungleichheit erst seit dem Jahr 2011.

3.2. Ungleichheit der Bruttoarbeitsentlohnung in der erwerbsfähigen Bevölkerung: deutlicher Rückgang seit 2005

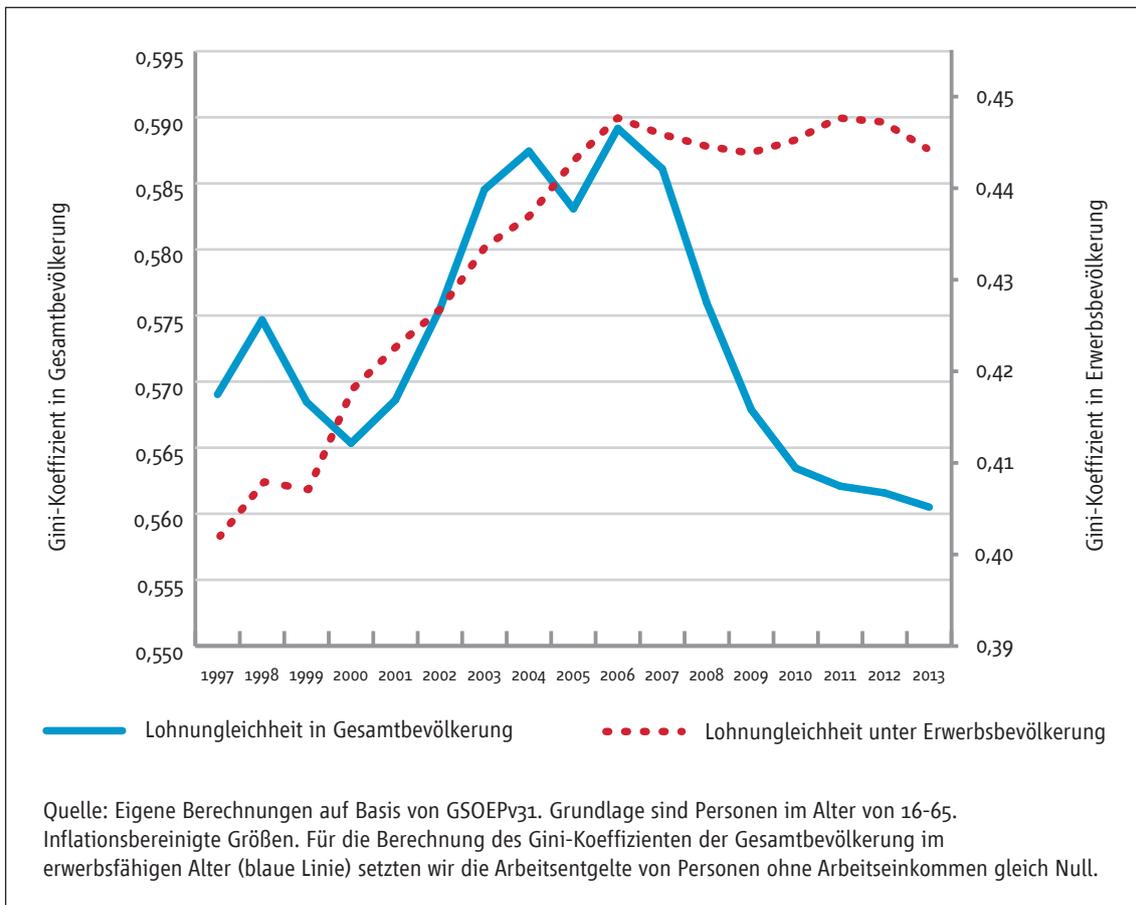
Definitionsgemäß bezieht sich die Lohnungleichheit auf Personen, die Arbeit haben, und daher Lohn-einkommen beziehen. Personen ohne Arbeit – Arbeitslose, oder solche, die die Arbeitssuche wegen Erfolgslosigkeit aufgegeben haben – gehen nicht in diese Statistik ein. Die Agenda 2010 hatte aber das zentrale Ziel, gerade diese Personen in Beschäftigung zu bringen. Die Kernidee „*Mehr Geld fürs Mitmachen und weniger Geld fürs Wegbleiben*“ hatte das Ziel, die Beschäftigung zu steigern und mehr Menschen zu Arbeitseinkommen zu verhelfen. Die Hartz-Reformen, die ab 2005 umgesetzt wurden, beherzigten diese Prämissen.

In der Tat hat sich seit den Reformen die Arbeitslosenquote von fast 12 Prozent im Jahr 2005 auf etwa 6 Prozent im Jahr 2014 reduziert. Die Beschäftigung ist von 39 auf 43 Millionen Personen gestiegen. Mehr als 4 Millionen Personen erzielen heute Arbeitseinkommen, während sie 2005 kein Arbeitseinkommen erzielt hatten. Um eine umfassende Betrachtung der Ungleichheitsdynamik auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, muss diese Gruppe von Personen berücksichtigt werden.

Diese Notwendigkeit wird besonders deutlich, wenn man sich die Wirkung eines Mindestlohnes vor Augen führt. Ein bindender Mindestlohn führt zu einem Anstieg der Arbeitseinkommen bei Geringverdienern. Außerdem kann der Mindestlohn dazu führen, dass Unternehmen die Löhne von Besserverdienenden absenken oder weniger stark steigen lassen, um keine Verluste machen zu müssen. Dies reduziert ganz offensichtlich die Bruttolohnungleichheit unter den Beschäftigten. Wenn aber der Mindestlohn langfristig zu einer Absenkung der Beschäftigung führt, dann steigt die Anzahl der Personen, die gar kein Arbeitseinkommen erzielen, und dies erhöht die Ungleichheit in der Erwerbsbevölkerung. Wenn es das politische Ziel wäre, die Ungleichheit unter den Beschäftigten zu senken, sollte ein möglichst hoher Mindestlohn gewählt werden. Dies hätte aber den Preis einer höheren Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung. Die Absenkung von De-facto-Mindestlöhnen durch die Hartz-Reformen, unter denen sich aus Sicht der Arbeitnehmer Beschäftigung nicht lohnte, könnte also zwar die Ungleichheit unter den Beschäftigten erhöht haben, die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung aber abgesenkt haben. Auch jene Komponenten der Agenda 2010, die eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bewirken sollten, könnten ähnlich gewirkt haben: Einerseits steigt die Ungleichheit unter den Beschäftigten, weil aber die Beschäftigung insgesamt steigt, fällt die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 6 kontrastiert die Entwicklung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung mit jener des Gini-Koeffizienten der Erwerbstätigen auf Basis der Daten aus dem SOEP. Für die Berechnung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung werden explizit auch Personen ohne Arbeitseinkommen berücksichtigt – wir setzen den Wert ihrer Arbeitseinkommen dazu auf Null. Berücksichtigen wir diese Stichprobe, so wird deutlich, dass die Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung seit 2006 deutlich abgenommen hat und in der Zwischenzeit unter den Wert aus dem Jahr 2000 gesunken ist. Dies zeigt die blaue Linie in der Abbildung 6. Die rote Linie wiederholt, was schon in Abbildung 2 für die Beschäftigten gezeigt wurde.

Abbildung 6: Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen unter den Erwerbstätigen und in der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter

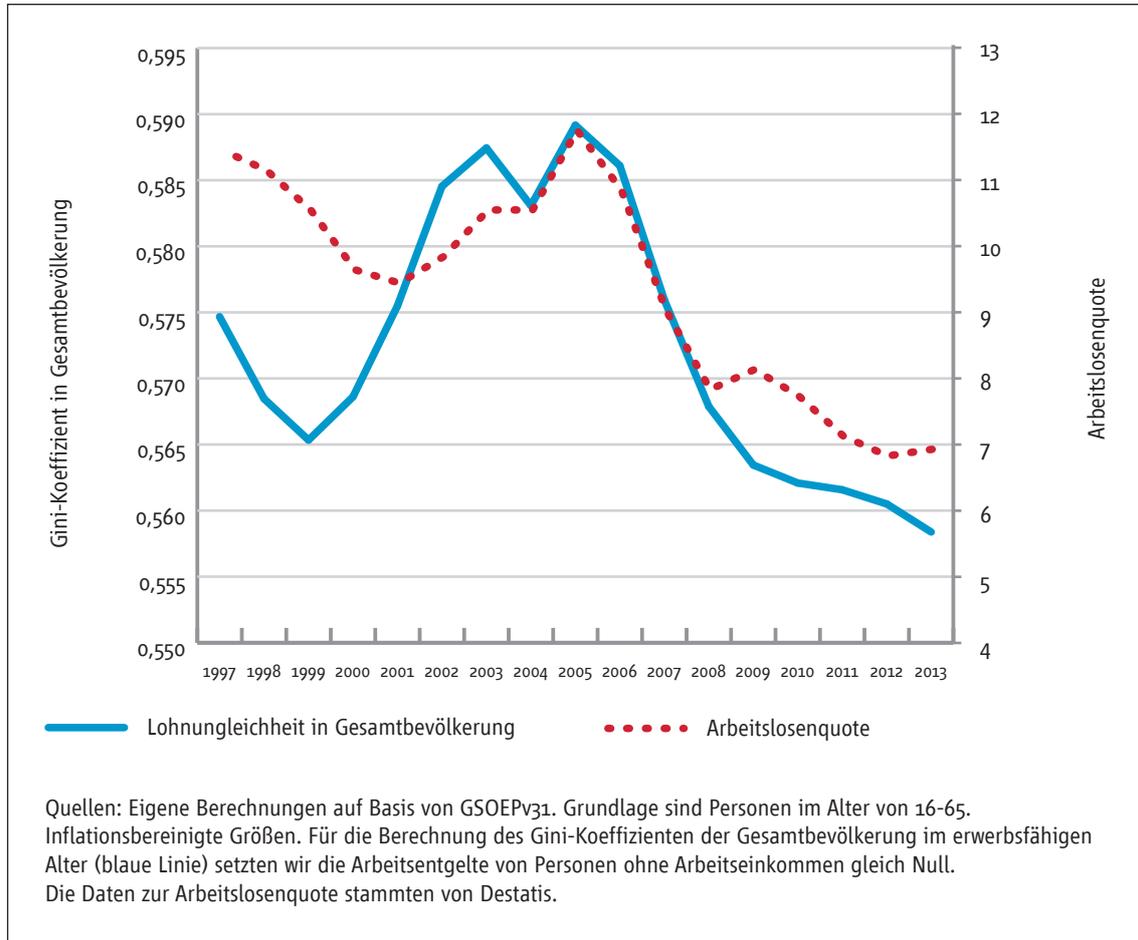


Es ist bezeichnend, dass die beiden in Abbildung 6 gezeigten Kurven bis 2006 sehr ähnliche Trends aufweisen, während sie sich danach drastisch auseinanderentwickeln. Seit 2005 ist der Gini-Koeffizient der Arbeitseinkommen in der Gesamtbevölkerung von 0,59 auf 0,56 zurückgegangen, während jener in der Population der Beschäftigten nur von 0,45 auf 0,44 abgesunken ist – eine statistisch nicht von Stagnation zu unterscheidende Entwicklung. Dieser Trend ist auf eine seit 2005 deutlich gestiegene Erwerbsbeteiligung zurückzuführen: Der Anteil der Personen, die gar kein Arbeitseinkommen erzielen und damit zu den wirtschaftlich schwächsten in der Gesellschaft zählen, ist zurückgegangen. Dies hat zu einer Abnahme der Ungleichheit geführt. Weil aber die neuen Arbeitnehmer häufig aus sozioökonomischen Gruppen kamen, die niedrige Löhne beziehen, hat diese Entwicklung die Ungleichheit unter den Beschäftigten erhöht, so dass diese nicht wie die Verteilung der Bruttoarbeitseinkommen in der gesamten Bevölkerung fallen konnte.

Unsere Analyse in Abbildung 6 macht klar, dass steigende Arbeitsbeteiligung von hoher Bedeutung für die Einschätzung der Ungleichheit in der erwerbsfähigen Bevölkerung ist. Um dies noch einmal klarer zu machen, vergleichen wir in Abbildung 7 die Entwicklung der Arbeitslosenquote und die Entwicklung des Gini-Koeffizienten in der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung in einer Grafik. Die Korrelation dieser

beiden Zeitreihen beträgt 94 Prozent. Offensichtlich hat die starke Abnahme der Arbeitslosigkeit seit den Hartz-Reformen die Ungleichheit in der erwerbsfähigen Bevölkerung abgesenkt. In der Tat erscheint die fallende Arbeitslosigkeit der wichtigste Treiber der Entwicklung gewesen zu sein.

Abbildung 7: Arbeitslosenquote und Ungleichheit von Arbeitseinkommen der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Die Logik hinter der gezeigten Entwicklung ist denkbar einfach: Der Abbau der Arbeitslosigkeit hat Personen in Beschäftigung gebracht, die relativ niedrige Einkommen als Erwerbstätige erzielen. So steigt die Ungleichheit unter den Beschäftigten; aber jene in der Gesamtbevölkerung sinkt, weil der Anteil der Personen mit Nulleinkommen fällt. Diese Argumentation steht und fällt mit der Frage, ob der Abbau der Arbeitslosigkeit tatsächlich eher die Beschäftigung von Personen mit eher geringen Arbeitseinkommen erhöht hat. Nur wenn der Zuwachs in der Beschäftigung zu einer höheren Heterogenität in der Gruppe der Beschäftigten geführt hat, lassen sich die oben besprochenen Fakten – höhere Ungleichheit innerhalb der Gruppe der Beschäftigten, geringere Ungleichheit unter allen potentiellen Erwerbstätigen – zusammenbringen. In den folgenden Abbildungen gehen wir dieser Frage nach.¹⁶

¹⁶ Verschiedene Studien, darunter M. M. Grabka, Goebel und Schupp (2012), Schmid und Stein (2013) und Adam (2014) stellen ähnliche Überlegungen an. Sie betonen die Bedeutung der starken Beschäftigungszuwächse seit 2006 für die Dynamik der Einkommensungleichheit.

Abbildung 8: Arbeitslosenquoten in unterschiedlichen Bildungsgruppen



Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Gesamtdeutschland als auch getrennt nach West- und Ost-Deutschland seit dem Jahr 2000 für verschiedene Ausbildungsgrade. Dabei verwenden wir Daten des IAB aus dem Jahr 2013, die auf registrierte Arbeitslose abstellen (Personen, die arbeitslos aber nicht arbeitssuchend sind, sind nicht erfasst). Es zeigt sich in beiden Regionen, dass die Arbeitslosenquoten auf dem gesamten Arbeitsmarkt von 2000 bis 2005 gestiegen sind – von 17 Prozent auf 20 Prozent im Osten, von 8 Prozent auf 10 Prozent im Westen – und seit 2005 wieder deutlich zurückgegangen sind – von 20 Prozent auf 10 Prozent im Osten, von 8 Prozent auf 6 Prozent im Westen. Dieser Rückgang wurde jedoch überproportional durch höhere Beschäftigung unter geringqualifizierten Arbeitnehmern ermöglicht: So ist die Arbeitslosenquote unter den Personen ohne Abitur und Lehrabschluss von über 50 Prozent auf etwa 30 Prozent im Osten und von 24 Prozent auf 17 Prozent im Westen abgesunken; auch unter den Personen mit Hochschulabschluss hat sich die Arbeitslosenquote reduziert, aber, ausgehend von einem auch im Jahre 2005 geringen Niveau (4 Prozent im Westen, 6 Prozent im Osten), nur um wenige Prozentpunkte (jeweils um etwas weniger als 2 Prozentpunkte).

Die Zunahme der Beschäftigung unter den besonders durch Arbeitslosigkeit betroffenen Niedrigqualifizierten ist ein großer Erfolg der Hartz-Reformen. Die Ungleichheit der Arbeitseinkommen ist dadurch seit 2005 deutlich gefallen. Wer nur die Ungleichheit unter den Beschäftigten über die Zeit verfolgt, lässt unter den Tisch fallen, dass sich sowohl die Höhe als auch die Zusammensetzung der Beschäftigung über die Zeit verändert hat. Dies schmälert entscheidend die Aussagekraft von Ergebnissen zur Ungleichheit unter den Beschäftigten

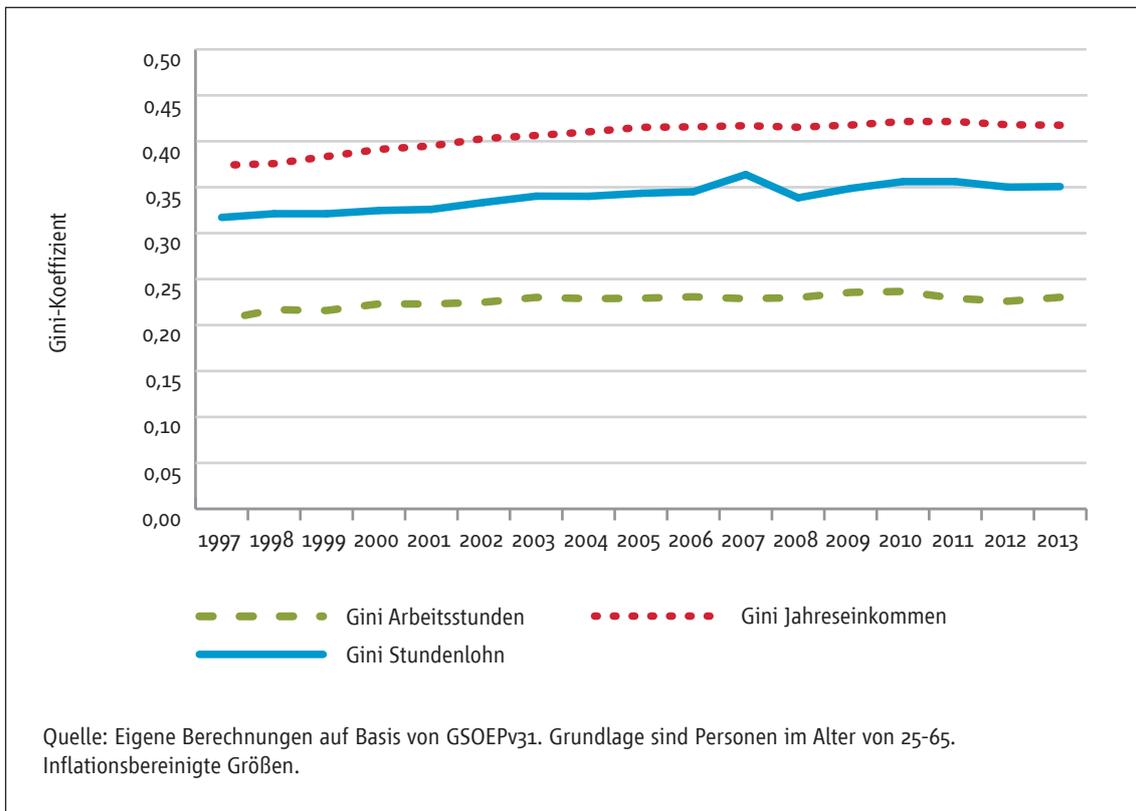
Blickt man nicht nur auf die Beschäftigten, sondern bezieht Personen ohne (offizielle) Arbeit in die Betrachtung ein, so zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Ungleichheit der Bruttoreal-löhne seit dem Jahr 2005. Die Hartz-Reformen haben seit 2005 zu einem Beschäftigungszuwachs von mehr als 10 Prozent geführt, was für 4 Millionen Personen das Arbeitseinkommen von Null auf einen positiven Wert angehoben hat. Wird dieser Beschäftigungseffekt berücksichtigt, ist die Ungleichheit der Bruttoreal-löhne seit 2005 stark zurückgegangen.

3.3. Kein Boom bei der Teilzeitarbeit seit 2005

Im vorhergehenden Kapitel haben wir gezeigt, dass die Ungleichheit gesunken ist, weil Personen, die vormals arbeitslos waren, seit den Hartz-Reformen dazu in der Lage sind, am Arbeitsmarkt Einkommen zu erzielen. Im Folgenden betrachten wir nun einen weiteren wichtigen Aspekt in der Debatte zur Bruttolohnungleichheit: den geleisteten Arbeitsumfang.

Das Jahresarbeitseinkommen ist das Produkt aus den in einem Jahr geleisteten (und vergoltenen) Arbeitsstunden und dem Stundenlohn. Daher wird die Ungleichheit der Arbeitseinkommen durch Veränderung in der Ungleichheit der Stundenlöhne und der geleisteten Arbeitsstunden getrieben. Die Beurteilung dieser beiden Treiber kann aber unterschiedlich ausfallen: Arbeitnehmer können sich aus freien Stücken für eine Teilzeitbeschäftigung entscheiden, weil dies für ihre individuelle Planung optimal ist; es wird hingegen kaum für einen Beschäftigten optimal sein, einen niedrigen Stundenlohn einem höheren vorzuziehen. Daher ist die Dynamik der Ungleichheit der Stundenlöhne grundsätzlich anders einzuschätzen als jene der geleisteten Stunden.

Abbildung 9: Ungleichheit unter den Beschäftigten: die Rolle von Stundenlöhnen und geleisteten Stunden



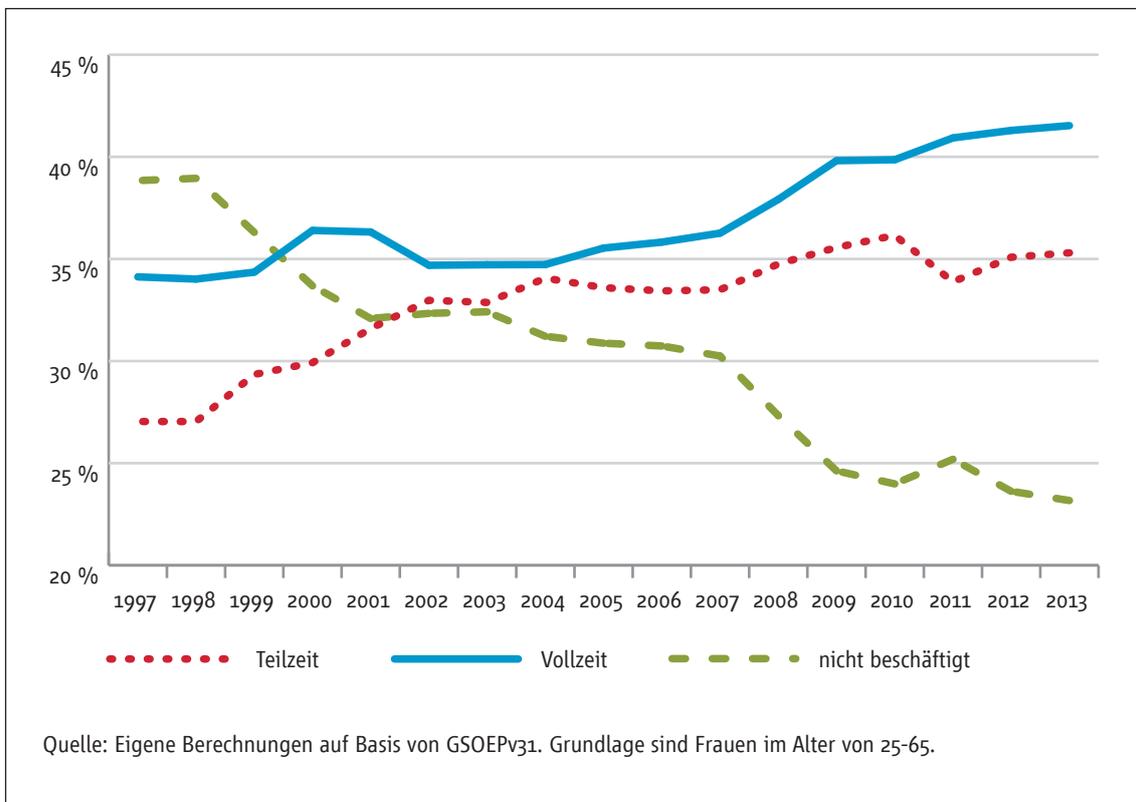
Die rote Linie gibt wieder, wie sich der Gini-Koeffizient der Jahreseinkommen über die Zeit entwickelt hat (diese Zeitreihe ist identisch mit jener in Abbildung 2).¹⁷ Die darunter liegenden Reihen beschreiben die Dynamik der Ungleichheit der Stundenlöhne und der Arbeitsstunden: In beiden Fällen gab es eine merkliche Zunahme bis etwa zur Mitte des letzten Jahrzehnts; seither hat sich die Dynamik abgeschwächt. Die Ungleichverteilung der Stundenlöhne ist um circa 50 Prozent stärker ausgeprägt als jene der Arbeitsstunden. Das bedeutet, dass Personen mit höheren Stundenlöhnen im Durchschnitt auch mehr Arbeitsstunden leisten. Interessant ist auch, dass die Ungleichheit der Arbeitsstunden selbst circa die Hälfte des Gini-Koeffizienten der Arbeitseinkommen ausmacht.

¹⁷ Die Bestimmung der Stundenlöhne und der geleisteten Arbeitsstunden im SOEP-Datensatz ist nicht unproblematisch, da sie auf einer Imputation basieren.

Die Trennung der Ungleichheitsdynamik in den Beitrag der Löhne und der Arbeitsstunden ist für die wirtschaftspolitische Debatte von hoher Relevanz. Wenn die Varianz der Arbeitsstunden über die Beschäftigten einem individuellen Optimierungskalkül entspricht, dann ist eine etwaige Zunahme anders einzuschätzen, als wenn Personen unfreiwillig in Teilzeitarbeit gehen müssen, weil Vollzeitjobs nicht verfügbar sind. In anderen Worten: Ist Ungleichheit in den gearbeiteten Stunden vom individuellen Arbeitsangebot oder von der Arbeitsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt getrieben? Diese Frage ist gerade bei der Beschäftigung von Frauen von höchster Bedeutung. Die nächsten beiden Abbildungen widmen sich diesem Thema.

Abbildung 10 zeigt, dass der Anteil von Frauen im Alterssegment von 25 bis 65 Jahren in Beschäftigung (Summe aus Vollzeit und Teilzeit) von circa 61 Prozent im Jahr 1997 auf fast 77 Prozent im Jahr 2013 zugenommen hat. Der Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung hat besonders deutlich zugelegt: Er stieg vom 27 Prozent auf etwa 35 Prozent. Dieser Anstieg fällt zum größten Teil in die Zeit vor den Hartz-Reformen. Seit 2005 ist der Anteil der Frauen in Vollbeschäftigung um 6 Prozentpunkte von 36 Prozent auf 42 Prozent gestiegen; jener in Teilzeit ist hingegen nur um zwei Prozentpunkte gestiegen. Dies legt nahe, dass die Hartz-Reformen nicht, wie oft vermutet, nur oder hauptsächlich zu einem Anstieg der Teilzeitbeschäftigung geführt hätten.

Abbildung 10: Vollzeit-/Teilzeit-Arbeit und Beschäftigung von Frauen

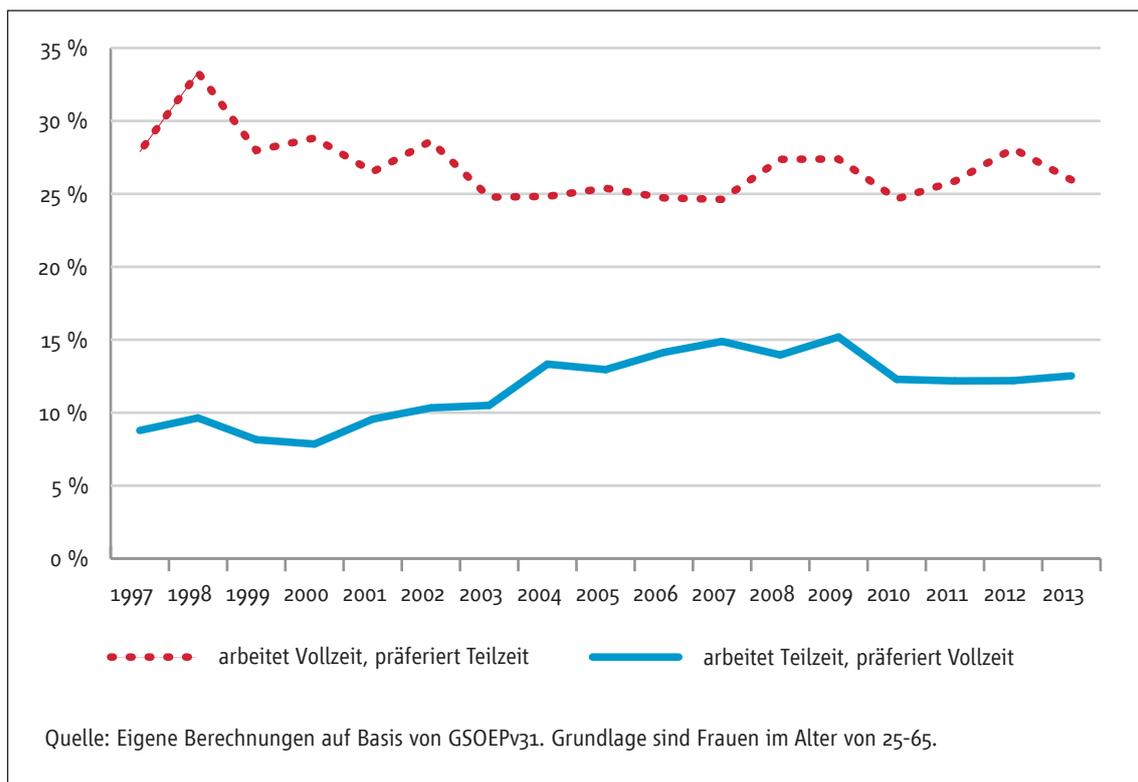


Die zentrale Frage ist nun, ob die gezeigten Entwicklungen Präferenzen der Frauen widerspiegeln, oder aber aus Arbeitsmarktzwängen resultieren. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Der SOEP-Datensatz enthält allerdings Informationen darüber, wie viele Arbeitsstunden eine befragte Person eigentlich arbeiten möchte (bei proportionaler Anpassung des Arbeitseinkommens). Diese Angaben können dann mit den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden verglichen werden. Abbildung 11 zeigt den Anteil jener Frauen, die angeben, in Vollzeit zu arbeiten, aber lieber eine Teilzeitstelle hätten. Sie zeigt auch den Anteil der Frauen, die in Teilzeit arbeiten, aber lieber eine Vollzeitstelle hätten. Es zeigt sich, dass circa 10 bis 15 Prozent in die letzte Kategorie gehören. Der Anteil ist seit 2005 ungefähr stabil. Interessanterweise befinden sich fast doppelt so viele Frauen in der ersten Kategorie: Sie würden gerne weniger arbeiten (natürlich bei Verzicht auf Lohneinkommen).

Insgesamt legt die Analyse nahe, dass die oft geäußerte Vermutung, der Ausbau der Teilzeitarbeit entspräche nicht den Präferenzen der betroffenen Arbeitnehmern, nur für einen relativ kleinen Teil der beschäftigten Frauen zutrifft. Eher gilt umgekehrt, dass der starke Ausbau der Vollzeitbeschäftigung den Präferenzen der Frauen entspricht: Der Anteil der Personen, die sich eine Teilzeitstelle wünschen, ist seit 2005 ziemlich konstant.

Zwischenfazit: Der Aufbau der Beschäftigung seit 2005 ist zum größten Teil auf mehr Vollzeitstellen zurückzuführen. Der Anteil der Frauen, die sich statt einer Teilzeitstelle eine Vollzeitstelle wünschen, liegt seit 2005 konstant bei etwa 14 Prozent.

Abbildung 11: Vollzeit- versus Teilzeitbeschäftigung von Frauen: gewünscht oder unerwünscht

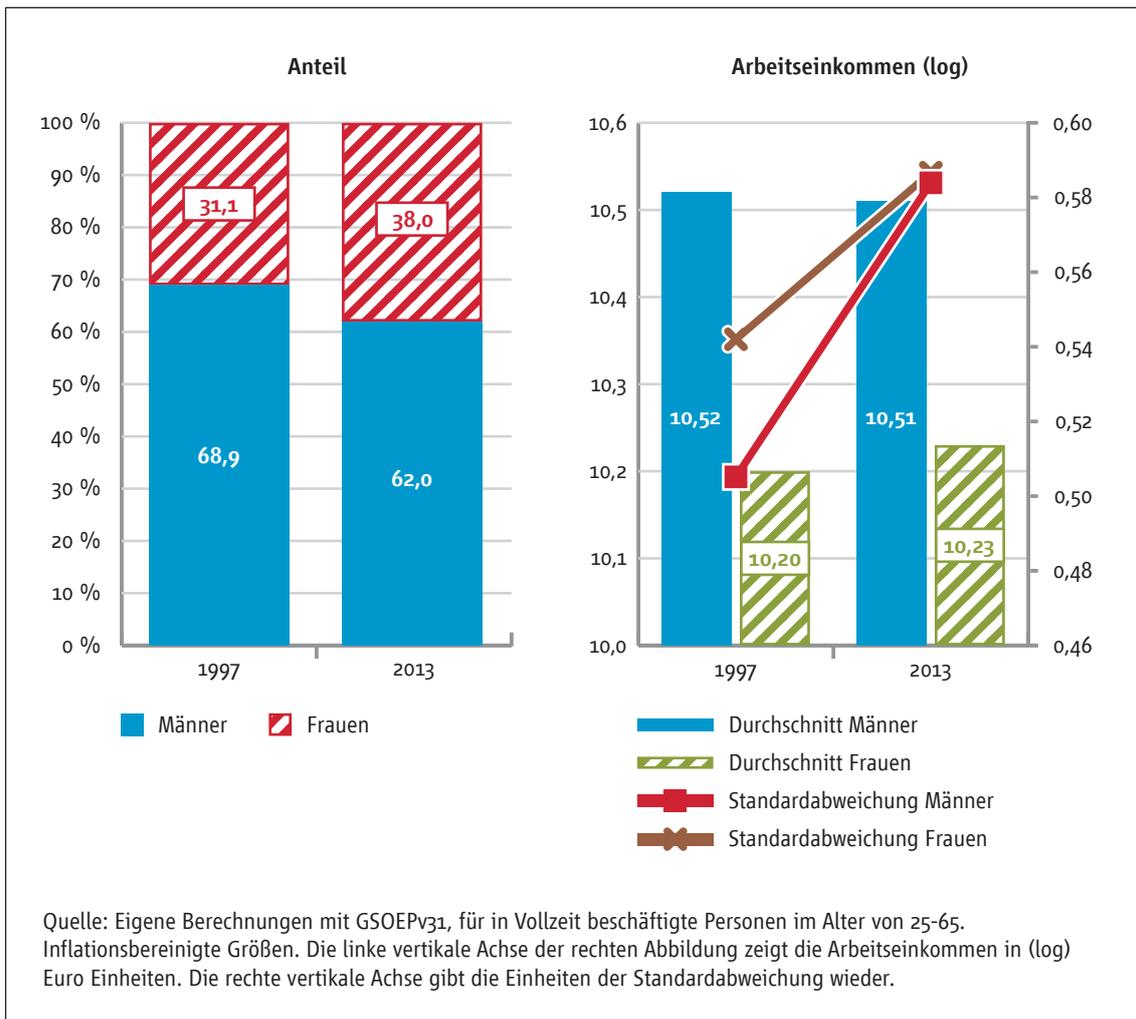


3.4. Sozial erwünschte Trends erhöhen die Ungleichheit unter den Beschäftigten

Einige wichtige und gesellschaftspolitisch häufig als willkommen beschriebene Trends erhöhen die Ungleichheit unter den Beschäftigten auch auf eine mechanische Weise. Dies gilt z.B. für die zunehmende Beschäftigung von Frauen, für die Steigerung der Lebenserwartung und die damit einhergehende Zunahme des durchschnittlichen Alters der Beschäftigten sowie für die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus. Der Grund ist, dass die Lohnungleichheit unter Frauen, in älteren Kohorten von Arbeitnehmern oder unter Akademikern allgemein höher ist, so dass eine Ausdehnung der Anteile in der Gesamtbeschäftigung automatisch zu höherer Ungleichheit führt, auch wenn sich die Lohnverteilung innerhalb der Gruppen gar nicht verändert hat. Es steht zu vermuten, dass also ein substantieller Anteil der Dynamik der Ungleichheit zwischen 1997 und heute auf diese wünschenswerten Trends zurückzuführen und daher nicht als problematisch anzusehen ist.

In den folgenden Abbildungen zeigen wir, dass diese Vermutung in den deutschen Daten Bestätigung findet. Wir setzen wieder den SOEP-Datensatz ein und verwenden wegen der besseren Vergleichbarkeit mit verfügbaren Studien die Standardabweichung der logarithmierten Löhne als Ungleichheitsmaß.

Abbildung 12: Beschäftigung von Frauen und Ungleichheit unter den Beschäftigten



Erwerbsbeteiligung von Frauen

Wir beginnen mit der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen. Der linke Teil von Abbildung 12 zeigt, dass der Anteil der Frauen an den in Vollzeit Beschäftigten in Deutschland von circa 31 Prozent auf 38 Prozent zugenommen hat. Der rechte Teil der Abbildung ist etwas komplizierter: Er zeigt einerseits die logarithmierten durchschnittlichen realen (d.h. inflationsbereinigten) Arbeitseinkommen für Männer und Frauen, jeweils für 1997 und 2013. Ein Wert von 10,52 bedeutet ein Einkommen von circa 37.050 Euro Jahreseinkommen. Es zeigt sich, dass Männer offensichtlich besser verdienen als Frauen. Der durchschnittliche Einkommensunterschied im Jahr 1997 beträgt 0,32 Log-Punkte; das ist ein ungefährer Einkommensunterschied von 32 Prozent. Der Unterschied der Durchschnittseinkommen ist im Jahr 2013 noch immer unerfreulich hoch, hat sich aber im Vergleich zu 1997 auf 28 Prozent verringert.¹⁸

¹⁸ Im Umkehrschluss gilt: wenn es gelingt, die Durchschnittslöhne der Frauen jenen der Männern anzugleichen, würde die gesamtwirtschaftliche Ungleichheit substantiell sinken. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass wir an dieser Stelle nur allgemeine Durchschnittswerte vergleichen, ohne für weitere Charakteristiken, die den Lohnunterschied zumindest zum Teil erklären könnten, zu kontrollieren.

Ein höherer Beschäftigungsanteil von Frauen führt also mechanisch dazu, dass die Ungleichheit steigt, weil Personen mit relativ geringen Einkommen in die betrachtete Gruppe gekommen sind.¹⁹

Dieser Befund gilt auch dann, wenn die Einkommensungleichheit innerhalb der Gruppen beschäftigter Frauen gleich jener der Männer wäre. Das ist nun aber nicht der Fall: Die Verteilung der Arbeitseinkommen von Frauen ist deutlich ungleicher als jene der Männer; dies ist an der rechten vertikalen Achse im rechten Teil von Abbildung 12 abzulesen. Dies hat verschiedene Gründe: Frauen spezialisieren sich offenbar auf Berufsgruppen, zwischen welchen die Ungleichheit relativ hoch ist. Außerdem erhöhen häufige Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit (z.B. durch längere Babypausen) die Karrierepfade bei manchen Frauen, was ebenfalls ungleichheitserhöhend wirkt. Durch die zusätzliche Beschäftigung von Frauen kam also eine Gruppe von Personen hinzu, die nicht nur durchschnittlich weniger verdient als die Gruppe der Männer, sondern auch noch durch relativ hohe interne Ungleichheit ausgezeichnet ist. Auch das treibt die Gesamtungleichheit nach oben. Das dritte Element, das die Gesamtungleichheit treibt, ist der Umstand, dass die Ungleichheit in den Gruppen der Männer und der Frauen jeweils auch noch gestiegen ist.

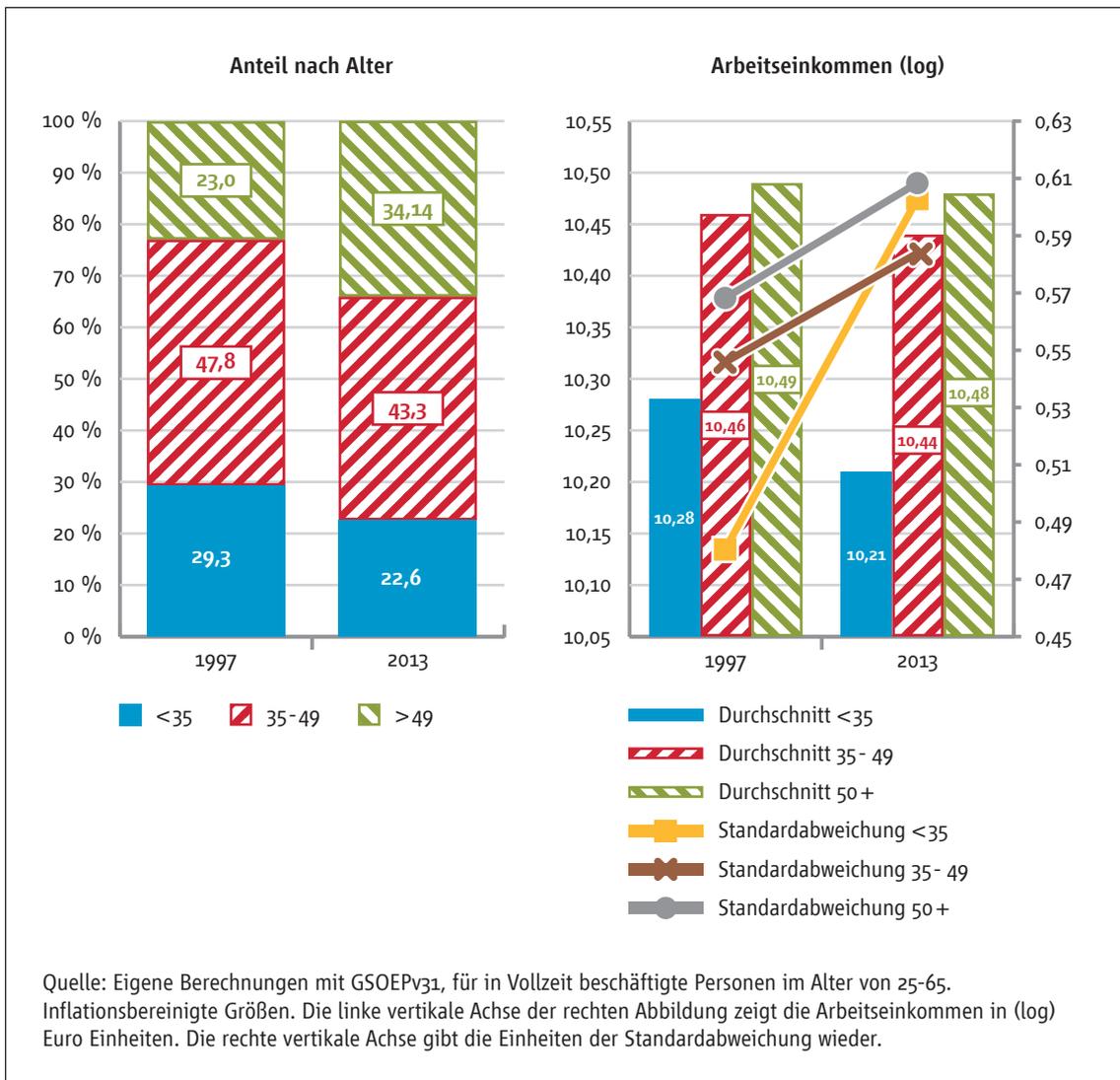
Die Botschaft aus Abbildung 12 ist: Frauen verdienen weniger als Männer, und die Arbeitseinkommensungleichheit unter Frauen ist höher als jene unter Männern. Daher führt eine höhere Beschäftigungsrate von Frauen zu höherer Gesamtungleichheit, auch wenn sich die Struktur der Löhne (der durchschnittliche Lohnnachteil von Frauen oder die Streuung der Löhne innerhalb der beiden Gruppen) überhaupt nicht geändert hätte. Diese Aussage soll die höchst problematischen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen nicht beschönigen; im Gegenteil: Ihr Abbau würde die Ungleichheit umso mehr senken, als der Anteil der Frauen in der Gesamtbeschäftigung steigt. **Aber die Ungleichheit in Deutschland wäre heute geringer, wenn es nicht zu dem Anstieg der Beschäftigungsrate von Frauen gekommen wäre, der gesamtgesellschaftlich allgemein als begrüßenswert angesehen wird.**

Alterung der Beschäftigten

Auch die Alterung der Arbeitnehmer führt zu höherer Ungleichheit. Dies wird in Abbildung 13 deutlich. Die linke Seite der Grafik zeigt, dass der Anteil junger Arbeitnehmer (zwischen 25 und 35 Jahren) in der deutschen Beschäftigung von circa 29 Prozent auf 23 Prozent gesunken ist, während jener der älteren Arbeitnehmer (zwischen 50 und 65 Jahren) von circa 23 Prozent auf 34 Prozent gestiegen ist.

19 Die Grafik zeigt, dass die durchschnittlichen realen Einkommen zwischen 1997 und 2013 für Männer und Frauen ungefähr konstant geblieben sind. Dies ist dadurch zu erklären, dass sich die ausgewiesenen Durchschnitte jedes Jahr auf eine andere Stichprobe beziehen. Durch den Abbau der Arbeitslosigkeit sind im Jahr 2013 sehr viel mehr geringverdienende Personen in Arbeit als in 1997, und das zieht den Durchschnitt nach unten, auch dann, wenn die realen Einkommen der dauerhaft von 1997 bis 2013 beschäftigten Personen gestiegen wären; siehe Battisti, Felbermayr, und Lehwald (2016).

Abbildung 13: Alterung der Beschäftigten und Ungleichheit unter den Beschäftigten



Der rechte Teil von Abbildung 13 zeigt für das Jahr 1997, dass die Streuung der Arbeitseinkommen in der Gruppe der älteren Beschäftigten höher ist als in der Gruppe der jüngeren (rechte Achse). Daher führt eine Zunahme des Anteils älterer Beschäftigter automatisch zu einer Steigerung der Ungleichheit in der Gesamtbevölkerung der Beschäftigten. Auch in diesem Fall gilt also: Wenn die Altersstruktur der Bevölkerung konstant geblieben wäre, wäre die Ungleichheit seit 1997 deutlich weniger stark gestiegen. Oder anders ausgedrückt: **Selbst wenn die Ungleichheit innerhalb der Altersgruppen konstant geblieben wäre und wenn die durchschnittlichen Arbeitseinkommen unverändert geblieben wären, hätte die Alterung der Beschäftigung zu einem Anstieg der Ungleichheit geführt.**

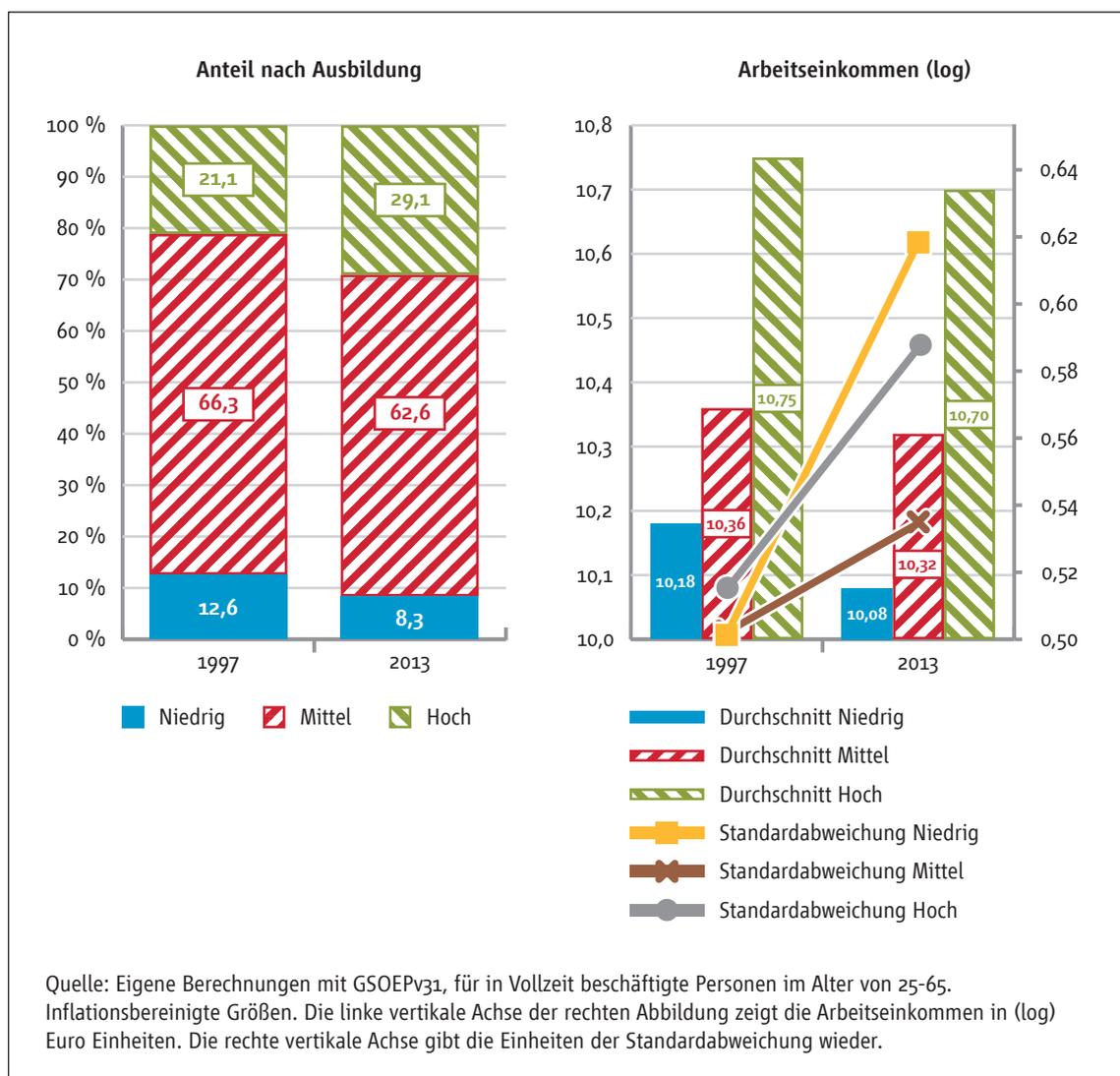
Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus

Als letztes untersuchen wir noch die Wirkung des Anstiegs des allgemeinen Bildungsniveaus (siehe Abbildung 14). Hier zeigt sich, dass zwischen 1997 und 2013 der Anteil der Beschäftigten mit hohem Bildungsabschluss (Hochschulniveau) von 21 Prozent auf 29 Prozent gestiegen und der Anteil mit niedrigem

Bildungsniveau von 13 Prozent auf 8 Prozent gefallen ist. Gleichzeitig ist es so, dass die Lohnungleichheit innerhalb der Gruppe der hochqualifizierten Arbeitnehmer im Jahr 1997 höher war als in der Gruppe der Personen mit geringem oder mittlerem Bildungsniveau. Damit gilt auch in diesem Fall: Auch wenn die Struktur der Lohnverteilung über die Zeit unverändert geblieben wäre, hätte die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus in Deutschland zu einer Zunahme der Ungleichheit geführt.

Wir stellen also fest, dass die Zusammensetzung der Beschäftigung für die Dynamik der Ungleichheit in Deutschland von Bedeutung ist. Wir sind nicht die ersten, die auf diesen Umstand hinweisen. Klemm und Weigert (2014) betrachten einen längeren aber weniger aktuellen Zeitraum und verwenden ebenfalls Daten aus dem SOEP. Sie betrachten Veränderungen in der Arbeitserfahrung (eine Variable, die stark mit dem Alter eines Arbeitnehmers korreliert) und das Bildungsniveau. Die Autoren schätzen, dass etwa ein Viertel des Zuwachses der Ungleichheit unter den Beschäftigten auf Veränderungen in der Zusammensetzung der Beschäftigten zurückzuführen ist.

Abbildung 14: Anstieg des Bildungsniveaus und Ungleichheit unter den Beschäftigten



Zwischenfazit: Seit 1997 ist die **Erwerbstätigkeitsquote von Frauen um fast 7 Prozentpunkte gestiegen**. Die Lohnungleichheit unter Frauen ist aufgrund anders verlaufender Erwerbsbiographien noch immer höher als jene unter Männern. Daher drückt die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen die Lohnungleichheit nach oben. **Der Anteil der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, ist von 23 Prozent auf 34 Prozent gestiegen**. Weil die Ungleichheit unter älteren Arbeitnehmern höher ist als unter jüngeren, schiebt auch dieser Trend die Lohnverteilung nach oben. Und auch der **Anstieg des Anteils hochausgebildeter Arbeitnehmer** hat denselben Effekt. **Ohne diese begrüßenswerten Trends wäre die Lohnungleichheit schon früher zurückgegangen.**

4. BRUTTO- VERSUS NETTOEINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Deutschland verfügt über einen ausgeprägten Sozialstaat, der mit Hilfe von Steuern und Transfers sowie durch die Bereitstellung öffentlicher Güter von gut verdienenden Personen zu weniger gut verdienenden umverteilt. Bisher haben wir uns auf die Bruttolohnungleichheit konzentriert; diese zeigt die primäre Lohnverteilung an, die auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Im nächsten Schritt betrachten wir die Wirkung sozialstaatlicher Aktivitäten auf die Verteilung der Nettoarbeitseinkommen und ihre Entwicklung über die Zeit.

Um dies zu tun, müssen wir die Perspektive wechseln, und zwar von Individuen hin zu Haushalten. Der Grund besteht darin, dass in Deutschland Haushalte besteuert werden, und nicht Einzelpersonen. Aus diesem Grund diskutiert die Literatur die Ungleichheit der Nettohaushaltseinkommen (Corneo, 2015).

4.1. Die Versicherungsfunktion von Haushalten wird schwächer

Der Schwenk zu Haushalten macht aber noch aus einem anderen Grund Sinn: Innerhalb von Haushalten werden die Einkommen der einzelnen Mitglieder (z.B. der Eheleute) zusammengelegt, um gemeinsamen Konsum zu finanzieren. Das beste Beispiel hierfür sind die Wohnungskosten. Außerdem werden viele ökonomische Entscheidungen, z.B. Arbeitsangebotsentscheidungen, gemeinschaftlich innerhalb eines Haushaltes getroffen. In einem Haushalt könnte es sich als optimal herausstellen, dass ein Mitglied in Teilzeit arbeitet und daher weniger Arbeitseinkommen erzielt, und ein anderes Mitglied in Vollzeit arbeitet, und ein höheres Arbeitseinkommen erreicht. Zwar unterscheiden sich dann die individuellen Einkommen, aber die Unterschiede in den Konsummöglichkeiten sind mit großer Sicherheit deutlich geringer als die Einkommensunterschiede. Am Ende entscheidet aber nicht das individuelle Einkommen, sondern die Konsummöglichkeiten über das Wohlbefinden von Personen. Dies ist ein weiterer Grund, warum viele Forscher ihre Analysen auf der Haushaltsebene ansiedeln.

Schließlich wird noch eine weitere Anpassung vorgenommen: Große Haushalte tun sich leichter, fixe Kosten zu tragen. Wieder können Wohnungskosten als gutes Beispiel herangezogen werden. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, werden üblicherweise Skalierungsfaktoren der OECD zur sogenannten Bedarfsgewichtung verwendet. Diese bewirken, dass das verfügbare Einkommen eines Individuums in einem großen Haushalt als höher unterstellt wird als in einem kleinen Haushalt.²⁰ So wird unterstellt, dass zwei Singles, die getrennt leben, zusammen circa 30 Prozent mehr Einkommen brauchen, als wenn sie als Paar zusammen leben. Wenn ärmere Individuen in größeren Haushalten zusammenleben, dann senkt die Bedarfsgewichtung die Ungleichheit.

20 Wir benutzen die „OECD modified equivalence scale“, siehe <http://www.oecd.org/statistics/OECD-ICW-Framework-Chapter8.pdf>

Abbildung 15 zeigt, dass die Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen zwischen Individuen deutlich höher ist als zwischen Haushalten. Die blaue Kurve ist identisch mit jener, die wir in Abbildung 6 gezeigt haben und bezieht sich auf die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung (und nicht nur auf die Beschäftigten). Die rote Kurve betrachtet die Bruttoarbeitseinkommen auf Haushaltsebene. In der Tat ist der Abstand zwischen beiden Kurven beträchtlich; auch die Variation über die Zeit ist auf Haushaltsebene etwas schwächer, weil der Haushalt eine gewisse Versicherungsfunktion übernimmt.²¹

Abbildung 15: Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen: Individuen versus Haushalte

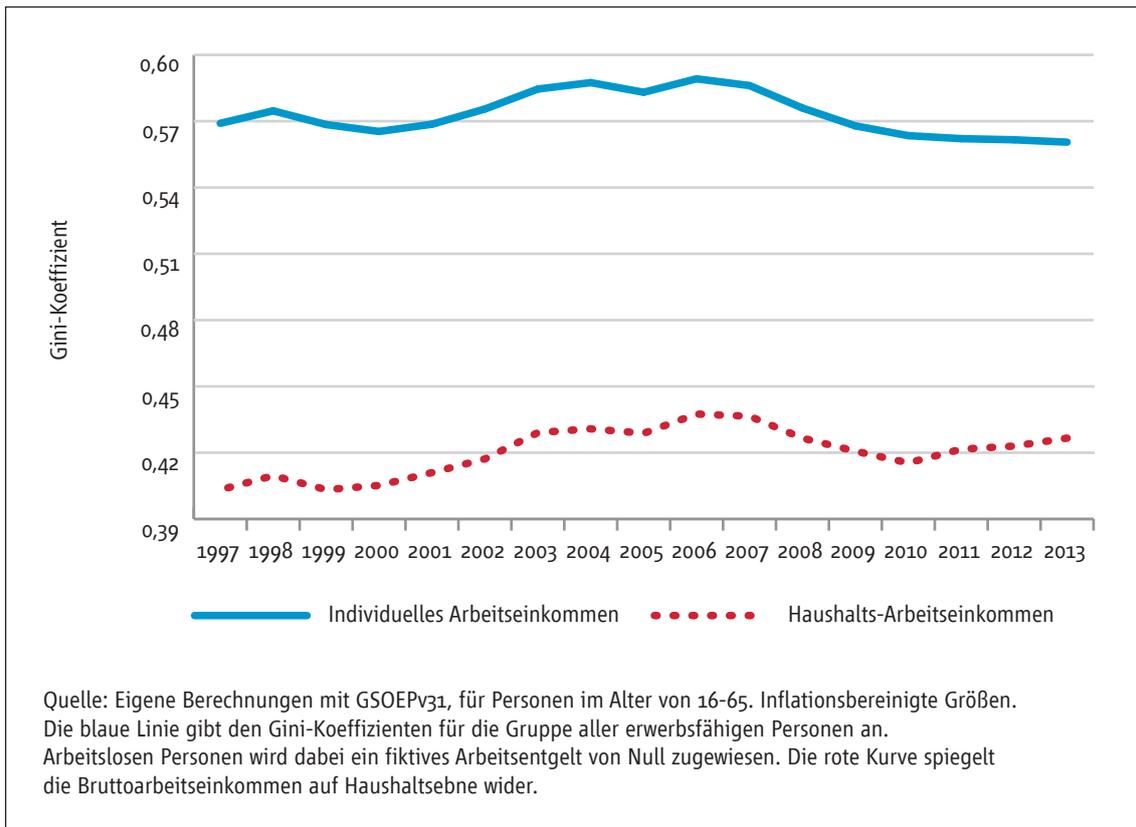


Abbildung 15 zeigt, dass die Ungleichheit auf Haushaltsebene nach 2006 zurückgegangen ist. Dies spiegelt die erhöhte Teilnahme am Arbeitsmarkt gerade in relativ armen Haushalten wider. In den letzten Jahren ist die Ungleichheit auf Haushaltsebene aber wieder etwas angestiegen. Dies kann mit der Veränderung der Haushaltsgrößen über die Zeit zu tun haben. Der Trend zu mehr Single-Haushalten und allgemein zu kleineren Haushalten führt dazu, dass die Haushalte ihre Versicherungsfunktion einbüßen. Im Extremfall, wenn alle Mehrpersonenhaushalte aufgelöst würden, würde die Ungleichheit auf Haushaltsebene mit jener auf individueller Ebene übereinstimmen.

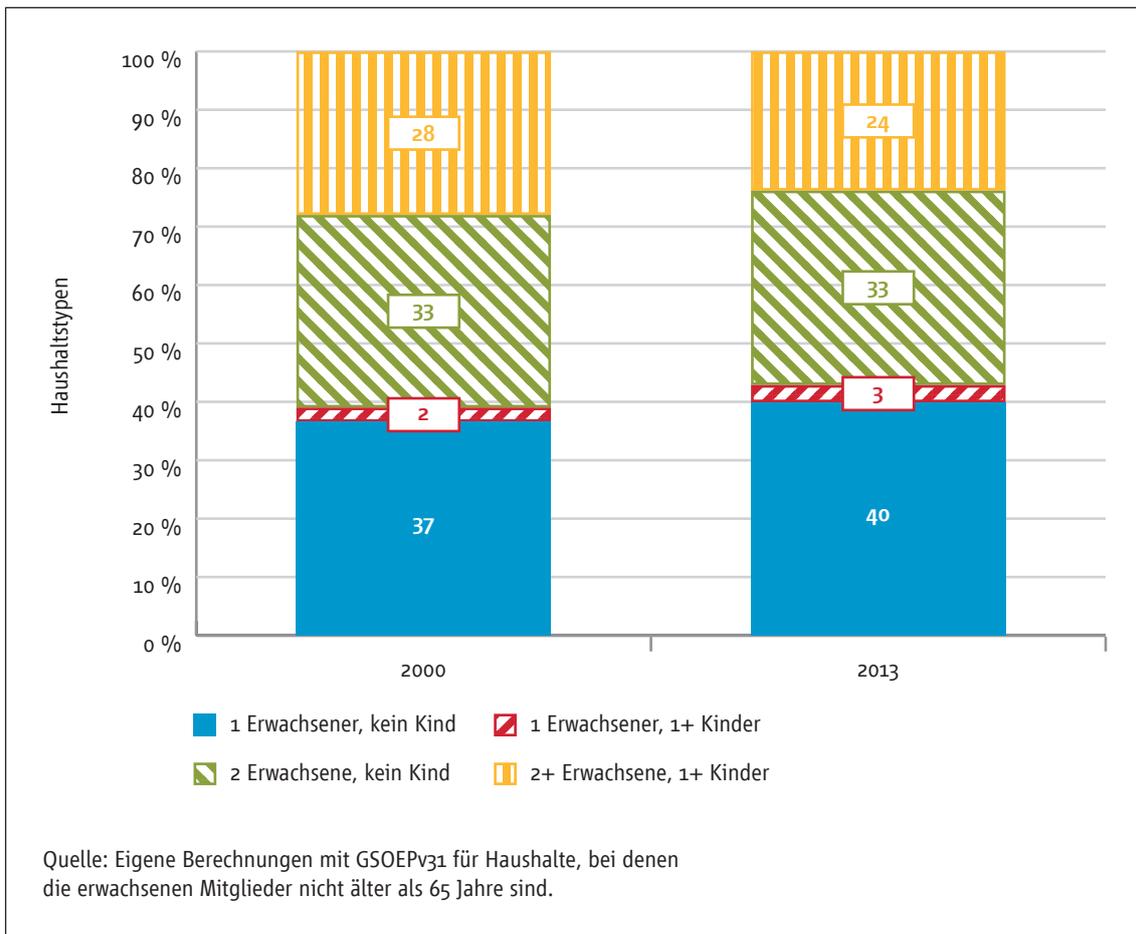
21 Diese Analyse unterstellt implizit, dass innerhalb der Haushalte tatsächlich ein Ausgleich zwischen den Mitgliedern stattfindet, und dass zwischen Haushalten ein solcher Ausgleich aber vollständig ausbleibt.

Wenn die durchschnittliche Größe der Haushalte zurückgeht, dann kann auch die Bedarfsgewichtung durch die OECD-Faktoren ungleichheitssteigernd wirken. Dies ist dann der Fall, wenn es nicht gerade die gut verdienenden Individuen sind, bei denen der Trend hin zu kleinen Haushalten besonders stark ausgeprägt ist, was empirisch nicht der Fall zu sein scheint. Sinn (2008) argumentiert daher, dass ein Teil der Zunahme der Ungleichheit auf Haushaltsebene einerseits ein Artefakt der Skalierungsfaktoren der OECD ist und andererseits aber durchaus optimales Verhalten von Individuen widerspiegeln kann, wenn diese es vorziehen (und es sich auch zunehmend leisten können), in kleineren Haushalten zu leben.²²

Abbildung 16 zeigt, dass sich selbst über den kurzen Zeitraum von 2000 bis 2013 der Anteil der Haushalte, in denen mindestens zwei Erwachsene und mindestens ein Kind leben, von 28 Prozent auf 24 Prozent verringert hat; der Anteil der Einpersonenhaushalte hat sich indes von 37 Prozent auf 40 Prozent erhöht. Mit Hilfe einer einfachen Zerlegung der Varianz der Einkommen auf Haushaltsebene lässt sich zeigen, dass ungefähr 6 Prozent der Veränderung der Ungleichheit im Zeitraum 2000 bis 2013 einzig auf die Veränderung in der Haushaltsgröße zurückzuführen ist (Battisti, Felbermayr und Lehwald 2016). Betrachtet man einen längeren Zeitraum, so nimmt die Bedeutung dieser Strukturveränderung dramatisch zu. Peichl, Pestel und Schneider (2012) untersuchen dies mit Daten aus dem SOEP, die vom Jahr 1991 bis in das Jahr 2007 reichen. Sie finden, dass 78 Prozent der Veränderung in der Ungleichheit auf Haushaltsebene auf Veränderungen in der Struktur der Haushalte zurückzuführen ist.

22 Es gibt viele Gründe – neben den Präferenzen der Personen – für den Trend hin zu kleineren Haushalten. Die Alterung der Gesellschaft ist ein wichtiges weiteres Beispiel dafür. Man beachte aber, dass Abbildung 16 Einpersonenhaushalte mit Individuen jenseits 65 Jahren ausschließt.

Abbildung 16: Haushaltstypen, 2000 und 2013

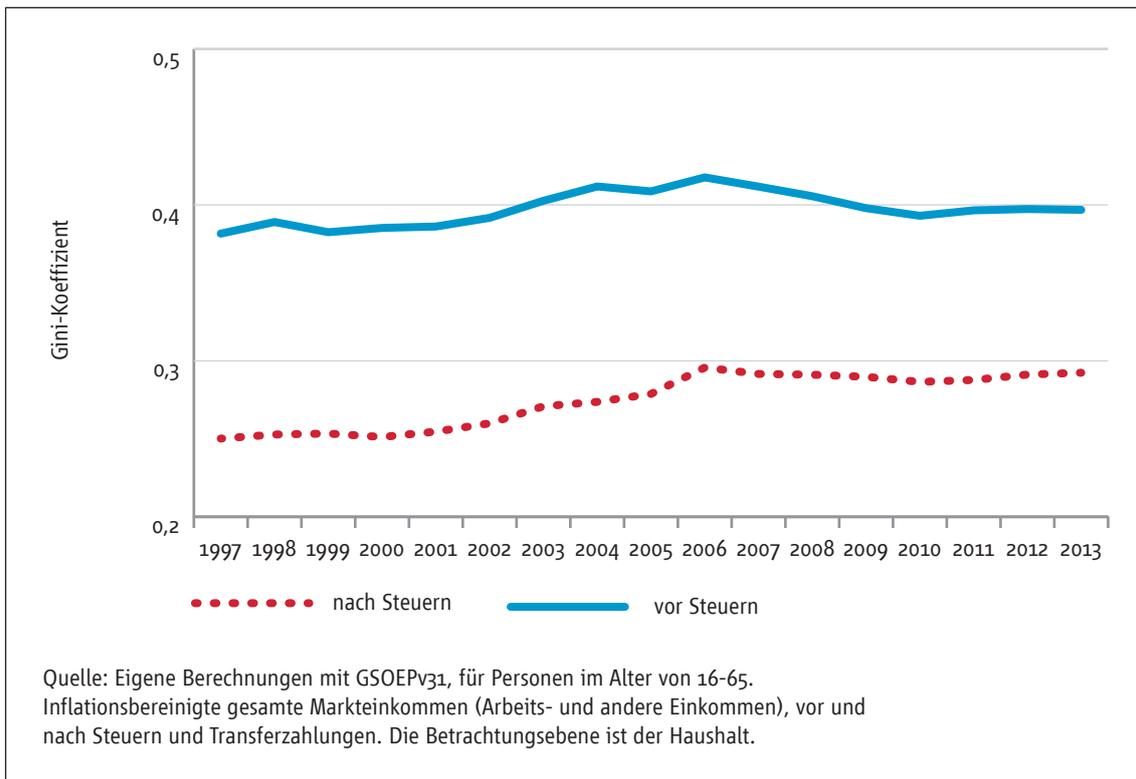


Zwischenfazit: Seit 2005 ist auch die Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen auf Haushaltsebene zurückgegangen. Allerdings ist der Rückgang weniger stark als jener auf Ebene einzelner Individuen. Das hat damit zu tun, dass die Versicherungsfunktion der Haushalte durch eine deutliche Schrumpfung ihrer Größe schwächer wurde. Außerdem erhöht die sogenannte Bedarfsgewichtung die gemessene Ungleichheit, auch wenn Personen es aus freien Stücken vorziehen, in Single-Haushalten zu leben.

4.2. Der Einfluss von Steuern und Finanztransfers: deutliche Reduktion der Einkommensungleichheit

Wir sind jetzt in der Lage, den Einfluss von Steuern und von Finanztransfers zu untersuchen. Dabei können wir aber nicht mehr zwischen Individualeinkommen und Haushaltseinkommen unterscheiden, weil andere Markteinkommen (nicht Arbeitseinkommen) in den SOEP-Daten nicht auf Individuenebene zugeteilt werden können, sondern nur auf Haushaltsebene erfasst werden. Das bedeutet auch, dass wir im Folgenden Markteinkommen aus Kapitalanlagen in unsere Betrachtung miteinbeziehen. Abbildung 17 betrachtet die Entwicklung der Ungleichheit der Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und Transfers mit Hilfe von Gini-Koeffizienten.

Abbildung 17: Ungleichheit der Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und Transfers



Die blaue Kurve zeigt die Gini-Koeffizienten der Markteinkommen auf Haushaltsebene. Seit 2005 beobachten wir einen sehr klaren Rückgang bis 2009, der durch verstärkte Beschäftigung ausgelöst worden sein dürfte; danach erfolgte ein moderater Anstieg. Die rote Kurve zeigt die Gini-Koeffizienten der Markteinkommen nach Steuern und Transferzahlungen. Es zeigt sich, dass die Ungleichheit durch die Wirkung des Sozialstaates deutlich abnimmt; das ist das Ziel progressiver Einkommensbesteuerung und vom Einkommen unabhängiger Transfers (wie z.B. dem Kindergeld). Im Jahr 2013 ist der Gini-Koeffizient nach Steuern und Transfers 35 Prozent niedriger als der Gini-Koeffizient der Bruttoeinkommen. Der deutsche Staat betreibt eine starke Umverteilung.

Im Zeitverlauf ist zu beobachten, dass der Gini-Koeffizient nach Steuern weniger stark gefallen ist als vor Steuern. Vor 2000 und nach 2005 scheint er im Wesentlichen konstant zu sein. Dies hat vor allem mit der Steuerreform der Regierung Schröder zu tun, die im Jahr 2000 beschlossen und bis 2005 voll in Kraft gesetzt wurde. Sie umfasste vor allem eine Absenkung des Eingangs- und des Spitzensteuersatzes von 25,9 Prozent (1998) auf 15 Prozent und von 53 Prozent (1998) auf 42 Prozent.

Dass die Ungleichheit der Bruttoeinkommen nach 2005 deutlicher zurückging als jene der Nettoeinkommen hat damit zu tun, dass Haushalte, in denen ein Mitglied neu auf dem Arbeitsmarkt tätig wurde, zwar höhere Nettoeinkommen verbuchen konnten, doch stieg damit auch der Durchschnittssteuersatz auf das bereits vorher vorhandene Einkommen. Damit hat der Staat einen Teil der Einkommenszuwächse wieder weggesteuert. Dies ist vor allem in ärmeren Haushalten relevant, wo der Anstieg des Grenzsteuersatzes einen starken Anstieg des Durchschnittssteuersatzes mit sich ziehen kann.

Zwischenfazit: Bei der Betrachtung der Nettoeinkommensungleichheit ist es notwendig, neben den Arbeitseinkommen auch andere Einkommensarten zu berücksichtigen. Es zeigt sich, dass die Nettoeinkommensungleichheit gemessen durch den Gini-Koeffizienten durch die Progressivität des Steuer- und Transfersystems um etwa 35 Prozent unter dem Niveau der Bruttoeinkommensungleichheit liegt. **Im Gegensatz zur Verteilung der Markteinkommen hat sich die Nettoeinkommensungleichheit seit 2005 kaum verändert, was an Eigenschaften des Steuer- und Transfersystems liegen muss.**

4.3. Die Rolle öffentlicher Güter: weitere Reduktion der Ungleichheit

Im letzten Kapitel haben wir dargestellt, dass der Staat Einkommen zwischen unterschiedlichen Segmenten der Gesellschaft mithilfe von Steuern und fiskalischen Transfers umverteilt. Dies ist aber nicht die einzige Aktivität moderner Staaten. Sie stellen auch öffentliche Güter bereit, die allen Bürgern – oft unabhängig von ihren Einkommen – zugute kommen, die aber vor allem von jenen bezahlt werden, die hohe Einkommen haben und daher auch hohe Steuerbeträge abführen. Durch die Progressivität des Einkommenssteuersystems verstärkt sich dieser Effekt noch, weil hohe Einkommen auch mit hohen Steuersätzen einhergehen.

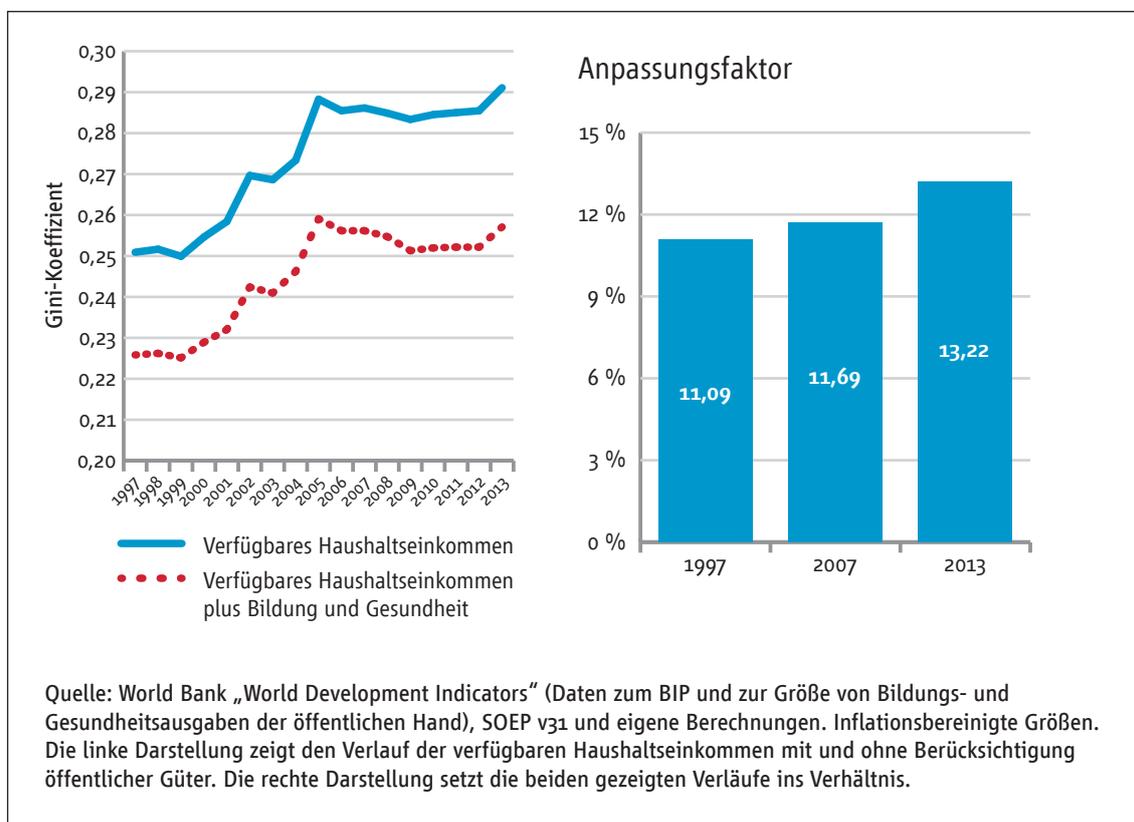
In dem Ausmaß, in dem die Finanzierung oder der Konsum dieser öffentlichen Güter von der Einkommenssituation der Bürger abhängt, hat ihre Bereitstellung eine verteilungspolitische Wirkung. Dies bedeutet, dass es irreführend sein kann, allein auf die Verteilung der Einkommen zu blicken. In der Tat ist es vorstellbar, dass Umverteilung durch die Bereitstellung öffentlicher Güter die Konsumungleichheit effizienter absenken kann als dies durch Finanztransfers gelingen könnte.

Als Beispiel kann das gesetzliche Krankenversicherungssystem angeführt werden. In Deutschland werden Versicherungsbeträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze von zur Zeit 50 850 Euro im Ausmaß von durchschnittlich 7,8 Prozent des Bruttoeinkommens eingezogen. Das bedeutet, dass Personen mit höheren Einkommen stärker zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen (bis zur Beitragsbemessungsgrenze) als Personen mit niedrigeren Einkommen. Sie empfangen aber in der Regel nicht teurere Leistungen. Es folgt, dass das Krankenversicherungssystem progressiv angelegt ist. Dennoch wird seine Wirkung typischerweise nicht in die Berechnung von Ungleichheitsmaßen einbezogen weil die Leistungen in natura bezogen werden.

Für andere staatlich finanzierte Leistungen gilt eine ähnliche Logik. Nach Daten der Weltbank entfallen aktuell circa 19 Prozent aller Staatsausgaben in Deutschland auf Gesundheitsausgaben und 11 Prozent auf Bildungsausgaben (auf allen föderalen Ebenen). Beschränkt man sich auf diese beiden Ausgabenkategorien, so ergibt sich, dass der Staat pro Kopf im Durchschnitt 3 750 Euro für Gesundheits- und Bildungsausgaben bereitstellt. Wenn diese Ausgaben pauschal als Pro-Kopf-Transfer angerechnet werden, dann würde der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen unter Berücksichtigung dieser Ausgaben im Jahr 2013 von 0,291 auf 0,257 absinken. Das ist eine Reduktion von ungefähr 13 Prozent, eine relative Veränderung also, die größer ist als der Anstieg des Gini-Koeffizienten seit dem Jahr 2000.

In einem nächsten Schritt wiederholen wir diese Analyse für die Jahre 1997 bis 2013 und vergleichen die sich ergebenden Gini-Koeffizienten im Zeitablauf (siehe Abbildung 18, linke Darstellung). Die rechte Darstellung setzt die gezeigten Verläufe aus der linken Grafik ins Verhältnis.

Abbildung 18: Wirkung öffentlicher Güter auf die Nettoeinkommensungleichheit



Die Gini-Koeffizienten sinken durch die Berücksichtigung staatlicher Gesundheits- und Bildungsausgaben in allen Jahren deutlich. Nach 2005/2006 verstärkt sich die Differenz der beiden in der Abbildung dargestellten Maße noch, weil die Bedeutung staatlicher Gesundheits- und Bildungsausgaben als Anteil am Pro-Kopf-Einkommen noch einmal gestiegen ist.

Die pauschale Zuteilung der monetären Gegenwerte öffentlicher Güter im gleichen Ausmaß auf alle Individuen ist eine grobe Vereinfachung, die wegen fehlender Daten unumgänglich ist. Darum stellen die oben stehenden Überlegungen keinen Anspruch auf eine genaue Abschätzung der Effekte dar. Sie dienen lediglich zur Illustration allgemeiner Grundprinzipien. In Wirklichkeit kommen staatliche Gesundheitsausgaben nicht allen Bürgern zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen zugute; sie konzentrieren sich auf ältere und ärmere Personen. Ausgaben für die Pflichtschulen kommen allen gleichermaßen zugute; Ausgaben für höhere Bildungsstätten wie Universitäten nutzen hingegen eher wohlhabendere Haushalten, deren Kinder mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die staatlichen Dienstleistungen auch tatsächlich nachfragen (siehe dazu Heineck and Riphahn (2009)).

Wir möchten mit diesen Überlegungen deutlich machen, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter den Vergleich von Ungleichheitsstatistiken, die nur auf verfügbare Einkommen abstellen, zwischen Ländern verzerren kann. In Ländern, in denen der Staat Gesundheits- und Bildungsaufgaben übernimmt, überschätzen Gini-Koeffizienten, die nur auf Einkommen abstellen, die tatsächliche Ungleichheit. Hinzu kommt, dass eine Vernachlässigung öffentlicher Güter in der Ungleichheitsdebatte dazu führen kann, dass Verteilungspolitik verstärkt durch Steuern und fiskalische Transfers betrieben wird, weil diese die Nettungleichheit der Einkommen reduzieren können. Die öffentliche Bereitstellung von Gütern wie Gesundheitsleistungen oder Schulbildung, welche die Chancengleichheit steigern, gerät dabei jedoch in den Hintergrund.

Zwischenfazit: Die staatliche Umverteilung läuft nicht nur über Steuern und Finanztransfers, sondern auch über die kostenlose Bereitstellung öffentlicher Güter. **Allein durch die Berücksichtigung von Bildungs- und Gesundheitsausgaben sinkt die Nettungleichheit substantiell. Seit 2000 hat sich das relative Ausmaß der Absenkung von circa 11 Prozent auf circa 13 Prozent verstärkt.**

5. DEUTSCHLAND IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

5.1. Deutschland liegt sowohl bei der Nettoeinkommensungleichheit als auch bei den Trends im Mittelfeld

Im vorherigen Kapitel haben wir Steuern, Finanztransfers und öffentliche Güter in unsere Analyse mit einbezogen und deren Einfluss auf Einkommensungleichheit untersucht. Nun bewerten wir die Größe und die Art der Umverteilung in Deutschland im Vergleich zu ähnlichen Ländern. Zunächst betrachten wir die Einkommensungleichheit nach Steuern über ausgewählte OECD-Länder, wobei aufgrund der Datenlage leider die Rolle öffentlicher Güter nicht berücksichtigt werden konnte.

Abbildung 19: Gini-Koeffizienten ausgewählter OECD-Länder

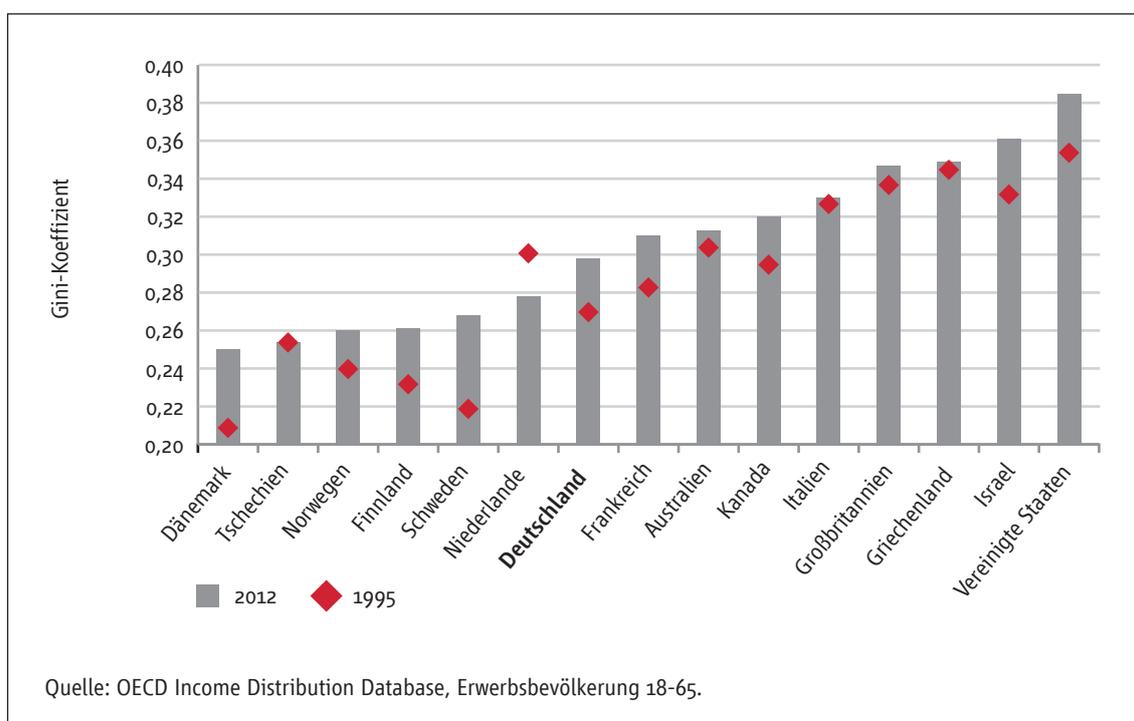
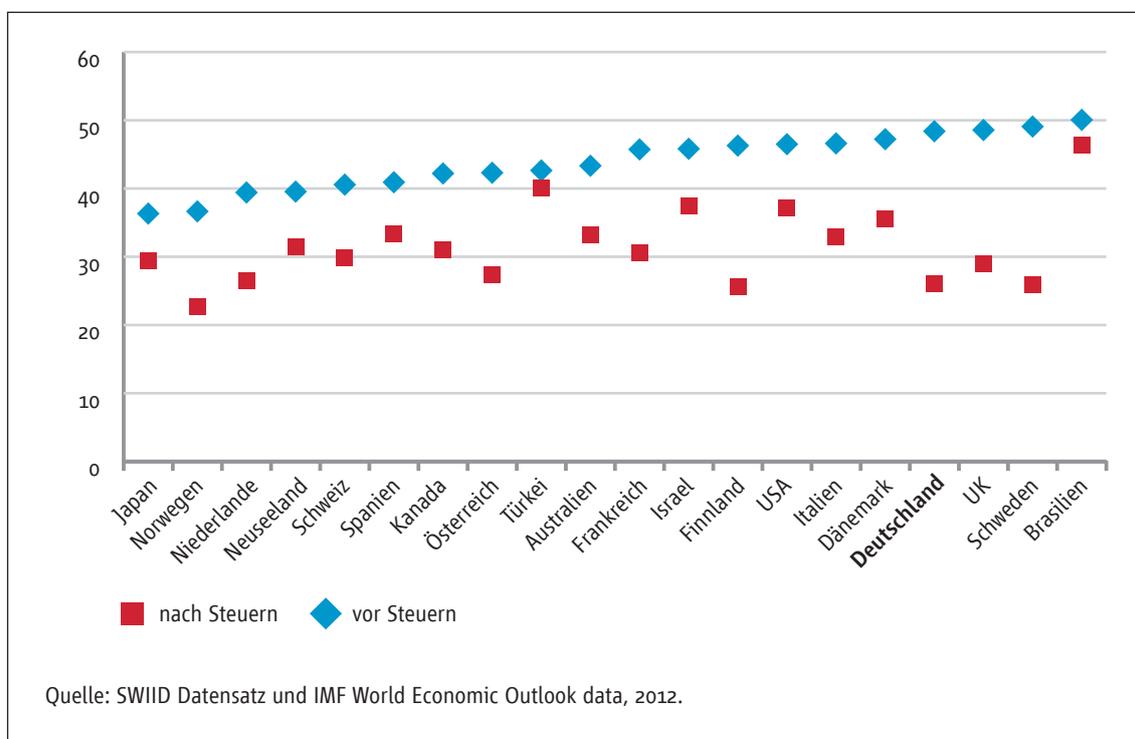


Abbildung 19 zeigt Werte der Gini-Koeffizienten in jenen OECD-Ländern, für die vergleichbaren Daten verfügbar sind. Der Koeffizient wurde auf Basis des verfügbaren Haushaltseinkommens für 2012 sowie zum Vergleich für 1995 berechnet. Der Anstieg der Einkommensungleichheit der 1990er und frühen 2000er Jahre in Deutschland sorgte dafür, dass Deutschland die Gruppe der Länder mit den niedrigsten Niveaus der Einkommensungleichheit verließ. Das Niveau des Gini-Koeffizienten in Deutschland ist zur Zeit vergleichbar mit dem der Niederlande und Frankreichs und niedriger als das Niveau der südeuropäischen und der angelsächsischen Länder. Die Behauptung, die z.B. in Fratzscher (2016) zu lesen ist „In kaum einem Industrieland der Welt sind vor allem Chancen, aber auch zunehmend Vermögen und Einkommen ungleicher verteilt als in Deutschland“, kann daher zumindest in Bezug auf die Nettoeinkommen als widerlegt angesehen werden.

Über eine isolierte Betrachtung des Gini-Koeffizienten des Einkommens nach Steuern hinaus ist auch ein Vergleich mit dem Gini-Koeffizienten des Markteinkommens informativ. Die folgende Grafik listet eine Gruppe ausgewählter Länder (die relativ groß und reich sind, sowie über relativ große Regierungsapparate verfügen) entsprechend ihres – auf Basis des Markteinkommens sowie auf Basis des Nettoeinkommens – berechneten Gini-Koeffizienten auf (im Folgenden sortiert nach der Höhe des Gini-Koeffizienten der Markteinkommen). Dass sich Deutschland am oberen Ende der Liste befindet, mag überraschend erscheinen. Gemessen am Markteinkommen hat Deutschland wesentlich größere Ungleichheitsniveaus als vergleichbare Staaten. Der Gini-Koeffizient des Markteinkommens ist in Deutschland größer als in Österreich, Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich oder den Vereinigten Staaten.

Abbildung 20: Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern und Finanztransfers, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Markteinkommen

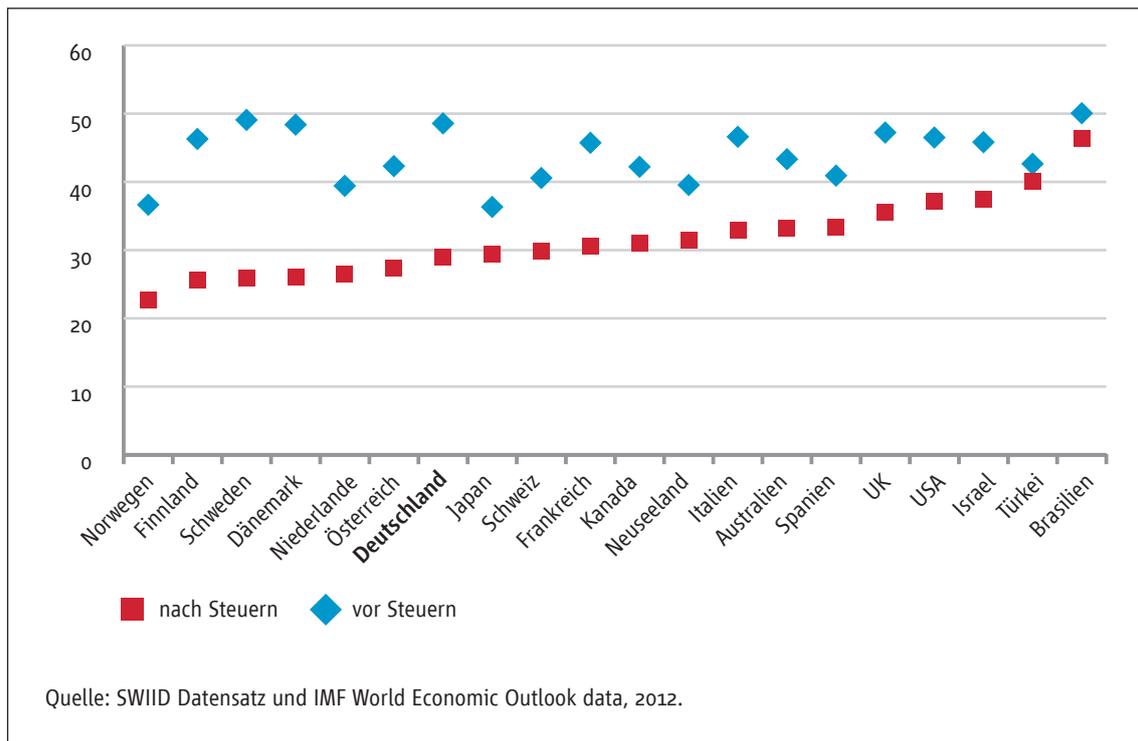


Bedingt durch teilweise erhebliche Umverteilung seitens der Regierungen dieser Länder, fällt der auf dem Nettoeinkommen basierende Koeffizient geringer aus als jener, der auf Basis des Markteinkommens berechnet wurde. Es ist damit zu rechnen, dass Umverteilung zwischen Reich und Arm zu einem Ansteigen der Ungleichheit der Markteinkommen führt, weil höhere Einkommenssteuern im Arbeitsmarktgleichgewicht zumindest teilweise auch von den Unternehmen in Form höherer Bruttolöhne getragen werden. Möchte ein deutsches Unternehmen beispielsweise einen Elektroingenieur einstellen, so muss es diesem ein gegenüber anderen Ländern wettbewerbsfähiges Nettoeinkommen bieten. Aufgrund der höheren Steuern bedeutet dies für das Unternehmen einen höheren Bruttolohn als in den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich. Dies unterstreicht einen Mechanismus, der den Gesamteffekt von Umverteilungsmaßnahmen schmälern kann. Sehen sich mobile Produktionsfaktoren höheren Steuern

gegenüber, so können Firmen sich dafür entscheiden, weniger für andere Produktionsfaktoren zu zahlen, um den Angestellten, die sie möglicherweise verlieren würden, wettbewerbsfähige Vergütungspakete anbieten zu können.²³

Abbildung 21 zeigt wieder die Liste von betrachteten Ländern, nun jedoch sortiert nach dem Gini-Koeffizienten des Nettoeinkommens (also nach Steuern und Transfers).

Abbildung 21: Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen



In diesem Fall findet sich Deutschland im unteren Teil der Liste. Es weist ähnliche Ungleichheitsniveaus wie die nordischen Staaten auf, welche niedriger sind als die der anderen großen OECD-Staaten, insbesondere kleiner als die von Frankreich, Spanien, Italien, dem Vereinigten Königreich und der Vereinigten Staaten. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass dies nicht bei allen Staaten der Fall ist, was bedeutet, dass nicht alle Staaten mit hohem Gini-Koeffizienten des Markteinkommens auch viel umverteilen (was ein einfaches Medianwählermodell voraussagen würde). Brasilien, die Türkei und die Vereinigten Staaten sind Beispiele für Länder, die zwar relativ hohe Ungleichheitsniveaus aufweisen, aber dennoch vergleichsweise wenig umverteilen.

23 Es gibt eine traditionsreiche wissenschaftliche Literatur, die sich mit der Frage auseinandersetzt, wer Steuern letztlich zu tragen hat; siehe dazu die Übersicht von Fullerton and Metcalf (2012).

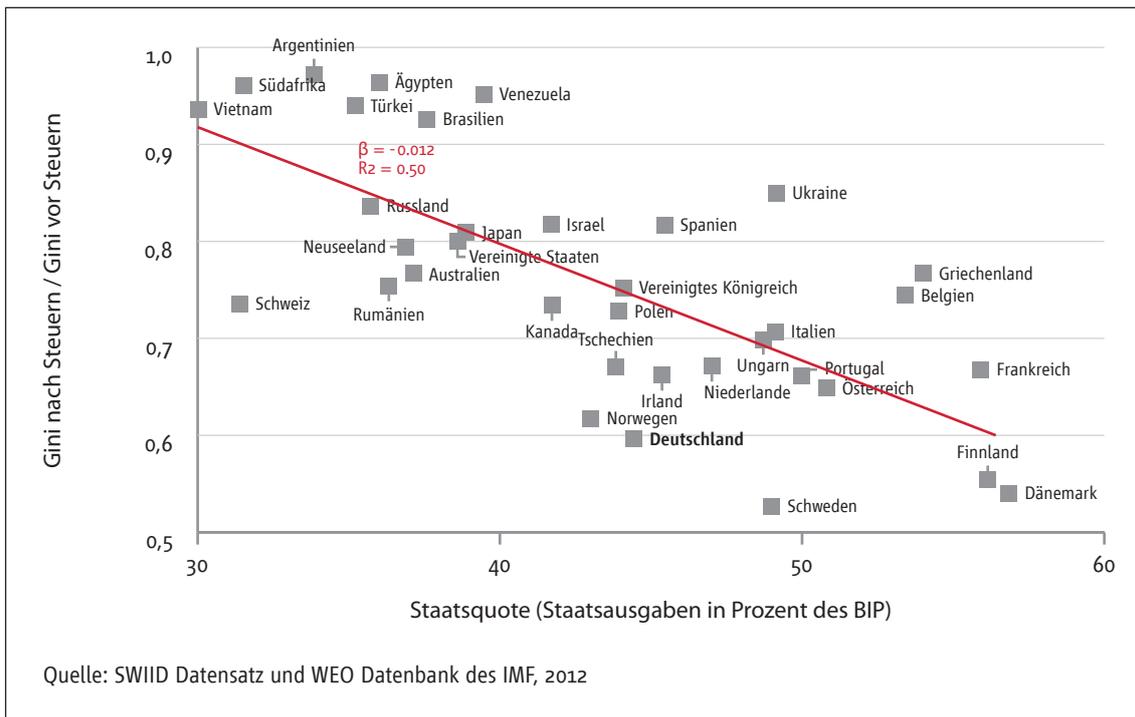
Diese Grafiken zeigen, dass das Umverteilungssystem in Deutschland eine entscheidende Rolle in Bezug auf das Niveau der Nettoeinkommensungleichheit spielt. Deutschland verteilt mehr um als alle anderen OECD-Länder (Fuest 2016). In der einfachsten Spezifikation der Budgetbeschränkung einer Regierung wird typischerweise angenommen, dass diese nur von reicheren zu ärmeren Haushalten umverteilt, beispielsweise mit einem Pro-Kopf-Transfer und einer proportionalen Besteuerung. Umverteilung von oben nach unten kann eindeutig die Ungleichheit nach Steuern beeinflussen. Das Ausmaß, mit welchem Einkommen umverteilt wird, kann einen negativen Einfluss auf das Wirtschaftswachstum haben, ein Effekt, der voraussichtlich immer weiter zunehmen wird. Die Effizienzkosten der Umverteilung sollten speziell in Ländern wie Deutschland, in denen die Niveaus bereits verhältnismäßig hoch sind, auch Gegenstand der Debatte um Ungleichheit sein, besonders in Zeiten, in denen die zukünftige Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaats von vielen Seiten infrage gestellt wird. Im Folgenden konstruieren wir einige einfache und grobe Maße, um festzustellen, inwieweit Länder mit hoher Staatsquote mehr umverteilen.

Zwischenfazit: Die Bruttolohnungleichheit in Deutschland erscheint im internationalen Vergleich hoch. Wie auch in Schweden oder Dänemark ist dies deshalb so, weil der Staat stark umverteilt und damit auch die Verteilung der Markteinkommen beeinflusst. Entscheidend ist jedoch die Ungleichheit der Nettoeinkommen. Dort nimmt Deutschland unter 20 OECD-Staaten Platz 7 ein. Damit gehört Deutschland zu den Staaten, die ein besonders geringes Maß an Ungleichheit aufweisen.

5.2. Deutschland hat ein sehr effizientes System staatlicher Umverteilung

In der Regel wird staatliche Umverteilung ausschließlich als eine Bewegung von Ressourcen vom oberen zum unteren Ende der Einkommensverteilung betrachtet. Tatsächlich ist die Rolle des Staates weitaus komplexer. Im Folgenden betrachten wir den Zusammenhang zwischen der Höhe der Staatsquote und dem Quotient aus Ungleichheit vor und nach den Transferleistungen. In der nächsten Grafik (Abbildung 22) messen wir das Ausmaß der Staatstätigkeit anhand der Höhe der Staatsausgaben als Anteil am BIP (horizontale Achse) sowie das Ausmaß der Umverteilung anhand des Verhältnisses des Gini-Koeffizienten nach Steuern zum Gini-Koeffizienten vor Steuern (vertikale Achse). Eine große Quote bedeutet dabei weniger Umverteilung.

Abbildung 22: Staatsquote und Umverteilung



Befindet sich ein Land weit rechts, so bedeutet dies eine relativ hohe Staatsquote (= ein hoher Anteil des BIP entfällt auf Staatsausgaben). Länder, die sich weit oben befinden, verteilen weniger um (der Gini-Koeffizient nach Steuern ähnelt dem Gini-Koeffizienten vor Steuern). Betrachtet man die Länder entlang der vertikalen Achse, so fällt auf, dass Deutschland vergleichsweise viel umverteilt. Lediglich die nordischen Länder weisen höhere Quoten auf. Vergleicht man zusätzlich Deutschlands Position auf der horizontalen Achse, so wird deutlich, dass die deutsche Staatsquote nicht so hoch ist wie in anderen Ländern (bspw. Italien, Österreich und Frankreich). Wenngleich wir unsere Aufmerksamkeit auf Staaten mit einer Staatsquote von mindestens 30 Prozent beschränken, möchten wir an dieser Stelle anmerken, dass es nach wie vor Länder gibt, die laut SWIID und IWF-Daten sehr wenig umverteilen (bspw. Brasilien, die Türkei, Argentinien und Südafrika). Die rote Linie in der Grafik stellt eine lineare Regression dar und zeigt, dass eine relativ starke negative Korrelation zwischen den betrachteten Variablen vorliegt. Allerdings zeigt die Grafik auch, dass viele Länder weit von der Regressionslinie entfernt liegen. Länder links der Linie können als in Bezug auf Umverteilung relativ „effiziente“ Staaten bezeichnet werden. Deutschland ist die einzige große Volkswirtschaft in dieser Gruppe. Angesichts der Größe seiner Staatsquote scheint Deutschland relativ viele öffentliche Mittel zu Umverteilungszwecken zu nutzen.²⁴ Andere Länder wie Griechenland, Belgien und Frankreich haben hohe Staatsquoten, verteilen aber verhältnismäßig wenig um (bzw. verteilen um, jedoch nicht von reich nach arm, was wir in dieser Grafik jedoch nicht darstellen),

24 Hierbei ist zu beachten, dass Steuern und Transfers nicht die einzigen Mittel zur Umverteilung von Konsum bzw. Nutzen unter Individuen sind, die einer Regierung zur Verfügung stehen. Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie beispielsweise Bildungs- und Gesundheitssysteme sowie Infrastruktur hat ebenfalls eine umverteilende Wirkung, welche in diesen Grafiken nicht berücksichtigt wird.

weswegen die relativ hohe Steuerbelastung in diesen Ländern keine Reduzierung der Ungleichheit nach Steuern mit sich bringt. Vor diesem Hintergrund erscheinen einzelne Diskussionen, z.B. in der Zeitschrift *Economist* (1. März 2014), als übermäßig vereinfachend, weil sie implizit annehmen, dass die Höhe der Staatsquote mit dem Ausmaß an Umverteilung gleichzusetzen ist. Für viele Mechanismen, die die Rolle des Staates für das Wirtschaftswachstum beschreiben, ist anzunehmen, dass Umverteilung nicht der alleinige Wirkungskanal ist, sondern dass eher die Staatsquote ein entscheidender Faktor ist. Ist der Staat beispielsweise ein großer Arbeitgeber, der Löhne zahlt, die über jenen des Markts liegen, so wird es für Unternehmen schwierig, diejenigen Arbeitskräfte zu bekommen, die sie suchen.

Da höhere Steuersätze in der Regel die Wettbewerbsfähigkeit reduzieren, sollte die Bedeutung der Staatsquote auch vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden. Dies legt wiederum nahe, dass die Annahme, der zufolge Länder mit hoher Staatsquote automatisch großzügige Sozialprogramme umsetzen und mehr umverteilen, falsch und potentiell irreführend ist. Veränderungen hin zu einem vereinfachten Steuersystem können nicht nur das Ausmaß der Umverteilung erhöhen, sondern auch horizontale Ungerechtigkeit reduzieren und Transparenz steigern. Insgesamt zeigt unsere Analyse, dass die Nettoeinkommensungleichheit in Deutschland, wenngleich sie jene der 1990er Jahre übertrifft, auch heute nicht größer ist als die vieler anderer Staaten.

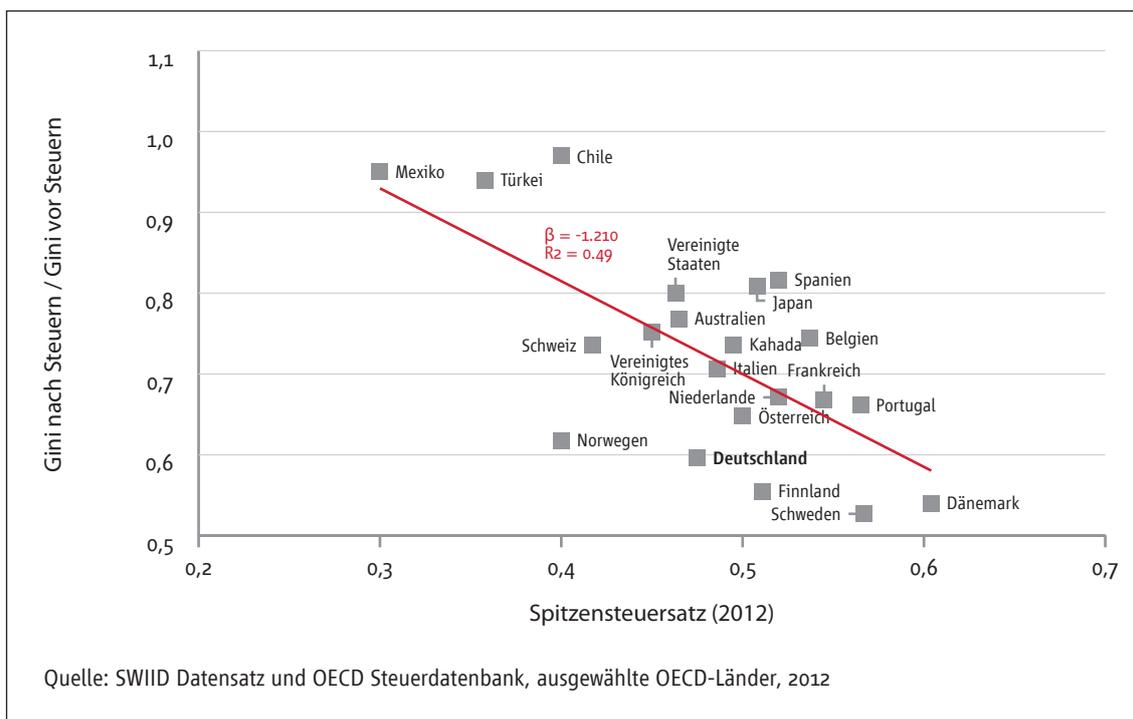
Auf Basis der obigen Grafiken scheint es relativ eindeutig, dass das Niveau der Ungleichheit der Nettolöhne in Deutschland weniger in einer zu geringen wohlfahrtsstaatlichen Umverteilung (die im internationalen Vergleich tatsächlich sehr umfangreich ist), als vielmehr in großer Einkommensungleichheit vor Steuern begründet liegt.

In der aktuellen Debatte um Ungleichheit wird oftmals vergessen, dass die Reduzierung von Ungleichheit an sich kein Selbstzweck ist. Wie oben gezeigt wurde, ist wachsende Einkommensungleichheit teilweise das Ergebnis individueller Entscheidungen wie beispielsweise wachsender Frauenerwerbstätigkeit oder demographischer Veränderungen. Ein Risiko dieser Debatte liegt außerdem darin, dass sie sich hauptsächlich auf Politikmaßnahmen zur kurzfristigen Reduzierung der Nettoungleichheit konzentriert (Maßnahmen, die die Ungleichheit vor Steuern außer Acht lassen), weswegen anderen, möglicherweise sehr wichtigen Politikbereichen wenig Aufmerksamkeit zukommt. Ebenso können Politikmaßnahmen nicht nur die Verteilung der Nettoeinkommen, sondern durchaus auch die der Bruttoeinkommen beeinflussen. Das gilt beispielsweise für die Bildungspolitik. Eine Verbesserung der Bildungspolitik im Sinne einer stärkeren Förderung benachteiligter Schichten hat den Vorteil, dass sie Ungleichheit verringern und gleichzeitig das Wirtschaftswachstum fördern kann. Insofern kann sie den Konflikt zwischen Effizienz- und Verteilungsfragen entschärfen.²⁵

25 Natürlich müssen öffentliche Bildungsinvestitionen ebenfalls durch Steuern finanziert werden. Letztlich geht es um das optimale Niveau und die optimale Struktur von Bildungsinvestitionen.

Ein weiteres wichtiges Thema in der Diskussion über Ungleichheit ist die Besteuerung hoher Einkommen und der Trend zu sinkenden Spitzensteuersätzen bei der Einkommensteuer. Um zu bewerten, in welchem Ausmaß die oben diskutierte Umverteilung durch eine sehr hohe Besteuerung von Individuen mit hohem Einkommen erreicht wird, zeigen wir im Folgenden eine Grafik (Abbildung 23), welche auf der vertikalen Achse wie im vorherigen Fall das Verhältnis des Gini-Koeffizienten nach Steuern zum Gini-Koeffizienten vor Steuern zeigt, während auf der horizontalen Achse der jeweils höchste Grenzsteuersatz abgetragen ist.

Abbildung 23: Spitzensteuersatz und Umverteilung



Länder, die weit rechts liegen, haben hohe Grenzsteuersätze für Individuen mit hohem Einkommen (horizontale Achse). Die vertikale Achse zeigt erneut das Verhältnis von Gini-Koeffizient vor zu Gini-Koeffizient nach Steuern. Der Spitzensteuersatz in Deutschland ist vergleichbar mit jenem in Italien und Kanada und nur ein wenig höher als der in den Vereinigten Staaten oder dem Vereinigten Königreich. Dass Deutschland sich gleichzeitig weiter unten in der Grafik befindet als die genannten Länder bedeutet, dass in Deutschland mit einem vergleichbaren Steuersatz eine größere Umverteilung erreicht wird. Unter den europäischen Volkswirtschaften ist Deutschland das einzige Land, das relativ weit unter der Regressionslinie liegt, während Spanien und Frankreich beispielsweise darüber liegen. Letztere erzielen mit einem relativ hohen Spitzensteuersatz ein geringeres Ausmaß an Umverteilung als Deutschland.

Zwischenfazit: Im Vergleich zu anderen Ländern zeichnet sich das System staatlicher Umverteilung in Deutschland durch hohe Effizienz aus. Mit einer mittleren Staatsquote gelingt es, das Maß der Ungleichheit bei Nettoeinkommen im Vergleich zum Bruttoeinkommen stark zu reduzieren.

6. FAZIT

Wirtschaftliche Ungleichheit spielt in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion in Deutschland zu Recht eine wichtige Rolle. In dieser Studie wird allerdings deutlich, dass die öffentliche Wahrnehmung oft nicht mit der aktuellen faktischen Entwicklung übereinstimmt.

So zeigt sich beispielsweise, dass die reale Bruttolohnungleichheit unter der Gesamtheit aller Erwerbstätigen seit 2005 leicht gefallen ist. Für sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte finden wir diese Entwicklung ab dem Jahr 2011. Dabei zeigen wir auf, dass die veränderte Dynamik ab 2011 vor allem auf ein Lohnwachstum im unteren Bereich der Lohnverteilung zurückzuführen ist. Wir bestätigen und erweitern hiermit den Befund von Möller (2016). Auf Basis der aktuellen Daten zur Verteilung der Arbeitseinkommen lässt sich die Behauptung, dieses würde in Deutschland immer ungleicher, nicht aufrechterhalten.

Ebenso wichtig wie die genaue Darstellung der aktuellen Entwicklungen ist es jedoch, die Struktur hinter der Dynamik der Bruttolohnverteilung zu verstehen. Hier ist vor allem die sich verändernde Zusammensetzung der Beschäftigung zu erwähnen. Seit 2005 wurden in Deutschland 4 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen; und nur ein kleiner Anteil davon im Teilzeitbereich. Dies hat dazu geführt, dass Millionen Personen, die vormals arbeitslos waren, nun Einkommen auf dem Arbeitsmarkt erzielen können. Wird dieser Beschäftigungseffekt zur Beurteilung der Entwicklung der Bruttolohnungleichheit berücksichtigt, fällt der Rückgang seit 2005 noch deutlicher aus.

Auch die Entwicklung der Nettoeinkommensungleichheit auf Haushaltsebene, also der Ungleichheit nach Steuern und Transfers, weist seit 2005 keinen Anstieg mehr auf. Zudem zeigen wir, dass Deutschland – im internationalen Vergleich – effizient umverteilt und innerhalb der OECD zu den Staaten gehört, die sich durch ein besonders geringes Maß an Nettoeinkommensungleichheit auszeichnen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass der Staat nicht nur durch Steuern und Transfers umverteilt, sondern auch durch die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung und Gesundheitsversorgung. Auch diese Faktoren müssen für eine solide Beurteilung der Ungleichheit Berücksichtigung finden.

DATENBESCHREIBUNG

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine jährlich im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführte Wiederholungsbefragung, bei der über 20.000 Personen aus rund 11.000 Haushalten Auskunft zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gesundheit geben. Die Daten eignen sich zur Beobachtung langfristiger gesellschaftlicher Trends, da jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden. Die Befragung läuft seit 1984, die aktuellsten Daten (SOEP V₃₁) liegen für das Jahr 2014 vor, wobei sich die Befragungen jeweils auf das zurückliegende Jahr beziehen. Die Stichprobe des SOEP wurde im Laufe der Zeit immer wieder erweitert.

Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiographien (SIAB)

Die Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiographien (SIAB) ist eine Stichprobe aus den Integrierten Erwerbsbiographien (IEB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die SIAB führt Informationen aus verschiedenen Datenquellen zusammen, um den Erwerbsstatus der erfassten Personen tagesgenau abbilden zu können. Die Einkommensdaten der SIAB sind nach oben beschränkt, was bedeutet, dass Personen mit einem Einkommen, welches über dem in SIAB definierten Grenzwert liegt, nicht ihr tatsächliches Einkommen, sondern diesen Maximalwert zugewiesen bekommen. Wir benutzen die neueste Version des SIAB, die Daten bis einschließlich 2014 umfasst.

Standardized Income Inequality Database (SWIID)

Die Standardized Income Inequality Database macht Informationen zur Einkommensungleichheit, wie bspw. Gini-Koeffizienten, aus diversen internationalen Datenquellen vergleichbar, indem sie sie standardisiert, während sie gleichzeitig Daten für eine möglichst große Anzahl an Ländern über möglichst lange Zeiträume hinweg enthält. Zur Zeit beinhaltet sie die Gini-Koeffizienten des Markt- und Nettoeinkommens von 174 Ländern.

World Bank World Development Indicators (WDI)

Die World Development Indicators (WDI) der Weltbank stellen eine umfangreiche Datensammlung zu Entwicklung und Lebensqualität weltweit dar. Die WDI enthalten mehr als 1400 Indikatoren in diversen Themenbereichen für über 200 Länder. In dieser Studie verwenden wir diese Daten für (vergleichbare) Informationen zur Größe der Bildungs- und Gesundheitsausgaben.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1:	Ungleichheit in Deutschland: Wahrnehmung und Wirklichkeit	4
Abbildung 2:	Lohnungleichheit unter den Erwerbstätigen	8
Abbildung 3:	Lohnungleichheit unter den vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen in unselbständigen Arbeitsverhältnissen	10
Abbildung 4:	Entwicklung der Lohnungleichheit (Perzentilverhältnis 85/15), SIAB	11
Abbildung 5:	Lohn Perzentile	12
Abbildung 6:	Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen unter den Erwerbstätigen und in der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter	14
Abbildung 7:	Arbeitslosenquote und Ungleichheit von Arbeitseinkommen der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter	15
Abbildung 8:	Arbeitslosenquoten in unterschiedlichen Bildungsgruppen	16
Abbildung 9:	Ungleichheit unter den Beschäftigten: die Rolle von Stundenlöhnen und geleisteten Stunden	18
Abbildung 10:	Vollzeit-/Teilzeit-Arbeit und Beschäftigung von Frauen	19
Abbildung 11:	Vollzeit- versus Teilzeitbeschäftigung von Frauen: gewünscht oder unerwünscht.....	20
Abbildung 12:	Beschäftigung von Frauen und Ungleichheit unter den Beschäftigten	22
Abbildung 13:	Alterung der Beschäftigten und Ungleichheit unter den Beschäftigten.....	24
Abbildung 14:	Anstieg des Bildungsniveaus und Ungleichheit unter den Beschäftigten.....	25
Abbildung 15:	Ungleichheit der Bruttoarbeitseinkommen: Individuen versus Haushalte	28
Abbildung 16:	Haushaltstypen, 2000 und 2013	30
Abbildung 17:	Ungleichheit der Haushaltseinkommen vor und nach Steuern und Transfers	31
Abbildung 18:	Wirkung öffentlicher Güter auf die Nettoeinkommensungleichheit.....	33
Abbildung 19:	Gini-Koeffizienten ausgewählter OECD-Länder	35
Abbildung 20:	Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern und Finanztransfers, sortiert nach dem Gini- Koeffizienten der Markteinkommen	36
Abbildung 21:	Gini-Koeffizienten vor und nach Steuern, sortiert nach dem Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen	37
Abbildung 22:	Staatsquote und Umverteilung	39
Abbildung 23:	Spitzensteuersatz und Umverteilung	41

REFERENZEN

- Adam, Hermann. 2014. "Die Politische Ökonomie Wachsender Ungleichverteilung Der Einkommen." *Wirtschaftsdienst* 94 (2): 104–11.
- Battisti, Michele, Gabriel J Felbermayr, und Sybille Lehwald. 2016. "Inequality in Germany: Myth, Facts and Policy Implications." *Ifo Working Paper* 217.
- Bönke, Timm, Giacomo Corneo, und Holger Lüthen. 2015. "Lifetime Earnings Inequality in Germany." *Journal of Labor Economics* 33 (1). University of Chicago Press: 171–208.
- Card, David, Joerg Heining, und Patrick Kline. 2013. "Workplace Heterogeneity and the Rise of German Wage Inequality." *Quarterly Journal of Economics* 128 (3): 967–1015.
- Corneo, Giacomo. 2015. "Income Inequality from a Lifetime Perspective." *Empirica* 42 (2). Springer: 225–39.
- Dustmann, Christian, Bernd Fitzenberger, Uta Schönberg, und Alexandra Spitz-Oener. 2014. "From Sick Man of Europe to Economic Superstar: Germany's Resurgent Economy." *Journal of Economic Perspectives* 28: 167–88.
- Dustmann, Christian, Johannes Ludsteck, und Uta Schönberg. 2009. "Revisiting the German Wage Structure." *The Quarterly Journal of Economics* 124 (2). MIT Press: 843–81.
- Economist. 2014. "Inequality v Growth." *The Economist* March 1. <http://www.economist.com/news/finance-and-economics/21597931-up-point-redistributing-income-fight-inequality-can-lift-growth-inequality>.
- Felbermayr, Gabriel, Andreas Hauptmann, und Hans-Jörg Schmerer. 2014. "International Trade and Collective Bargaining Outcomes: Evidence from German Employer–Employee Data." *Scandinavian Journal of Economics* 116 (3). Wiley Blackwell: 820–37.
- Fratzscher, Marcel. 2016. *Verteilungskampf: Warum Deutschland Immer Ungleicher Wird*. Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG.
- Fuest, Clemens. 2016. "Zehn Thesen Zur Ungleichheitsdebatte." *Frankfurter Allgemeine Zeitung* February 1 (2016).
- Fullerton, Don, und Gilbert E. Metcalf. 2012. "The Distribution of Tax Burdens: An Introduction." *NBER Working Paper* 8978. National Bureau of Economic Research, Inc.
- Grabka, Markus M., Jan Goebel, und Jürgen Schupp. 2012. "Has Income Inequality Spiked in Germany?" *DIW Economic Bulletin* 2 (12). DIW Berlin, German Institute for Economic Research: 3–14.
- Heineck, Guido, und Regina T. Riphahn. 2009. "Intergenerational Transmission of Educational Attainment in Germany – The Last Five Decades." *Journal of Economics and Statistics (Jahrbuecher Fuer Nationaloekonomie Und Statistik)* 229 (1). Justus-Liebig University Giessen, Department of Statistics and Economics: 36–60.

- Klemm, Marcus, und Benjamin Weigert. 2014. "Does Composition Matter? Wage Inequality and the Demographic and Educational Structure of the Labor Force in Germany." *Working Papers*. German Council of Economic Experts
- Kuhn, Andreas. 2013. "Inequality Perceptions, Distributional Norms, and Redistributive Preferences in East and West Germany." *German Economic Review* 14 (4). Verein für Socialpolitik: 483–99.
- Möller, Joachim. 2016. "Lohnungleichheit – Gibt Es Eine Trendwende?" *IAB Discussion Paper 9/2016*.
- Niehues, Judith. 2014. "Subjective Perceptions of Inequality and Redistributive Preferences: An International Comparison." *Cologne Institute for Economic Research Working Paper*.
- Peichl, Andreas, Nico Pestel, und Hilmar Schneider. 2012. "Does Size Matter? The Impact Of Changes In Household Structure On Income Distribution In Germany." *Review of Income and Wealth* 58 (1). International Association for Research in Income and Wealth: 118–41.
- Schmid, Kai Daniel, und Ulrike Stein. 2013. "Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010." *SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research*. DIW Berlin, The German Socio-Economic Panel (SOEP).

Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

D-80538 München

Phone + 49 (0) 89 / 12 76 400 02

Fax + 49 (0) 89 / 12 76 400 09

E-Mail info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

ISBN: 978-3-942467-40-7